

Umbruchszeiten
Mauerfall
Bürgerbewegung
Runder Tisch
Umgestaltung
Chaos
Hubschrauberstationierung
Stolz
Zusammenhalt
Einheit
Industriebranchen
Treuhand
Erlebnisse
Neuerungen

30 Jahre **Mauerfall**. 30 Jahre **Veränderungen**.
30 Jahre **Freiheit und Demokratie**

Prenzlau in der Zeit der Friedlichen Revolution
und danach

Ein Schülerprojekt des Christa-und-Peter-Scherpf-
Gymnasiums Prenzlau

30 Jahre Mauerfall. 30 Jahre Veränderungen. 30 Jahre Freiheit und Demokratie

Prenzlau in der Zeit der Friedlichen Revolution und danach

Ein Schülerprojekt des Christa-und-Peter-Scherpf-
Gymnasiums Prenzlau



Foto: Franz Rooge / Prenzlau

Impressum:

Dieser Wettbewerbsbeitrag wurde vom Leistungskurs Geschichte Klasse 11 unter der Betreuung des Geschichtslehrers Jürgen Theil erstellt.

Als Autoren wirkten mit:

Erik Bartel, Julius Gäde, Gene Groth, Josi Hamann, Dennis Hein, Enie Heinold, Josephine Plöger, Lara-Sophia Scheel, Henrik Schneider und Annekathrin Stöckel.

Layout und Koordination: Annekathrin Stöckel **Leitung der Filmproduktion:** Gene Groth

Redaktionsschluss: 29. Februar 2020

Einreichung: 01. März 2020

INHALT

1. Einleitung von Julius Gäde und Erik Bartel	4
2. Der Fall der Mauer und die Auswirkungen auf Prenzlau von Henrik Schneider und Enie Heinold	5
3. Vom Mauerfall zur deutschen Einheit – Einblicke in die Wendezeit von Dennis Hein und Gene Groth	7
3.1 Der Runde Tisch in Prenzlau von Dennis Hein und Gene Groth	7
3.2 Protest gegen die Hubschrauberstationierung in Prenzlau von Annekathrin Stöckel und Josi Hamann	10
4. Der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft vor und nach der Wiedervereinigung von Annekathrin Stöckel und Josi Hamann	15
4.1 War die marode DDR-Volkswirtschaft noch zu retten? von Annekathrin Stöckel und Josi Hamann	15
4.2 Die Abwicklung der DDR-Betriebe durch die Treuhandgesellschaft am Beispiel des Prenzlauer Armaturenwerkes von Lara-Sophia Scheel und Josephine Plöger	18
4.3 Die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der schwierige Neuanfang der Bauern in der Uckermark von Julius Gäde und Erik Bartel	23
5. Zusammenfassung von Annekathrin Stöckel	26
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	28
Anhang	
Verschriftlichung des Interviews mit Herrn Jahn von Gene Groth	31
Chronik der Einheit	36
Tätigkeitsbericht von Julius Gäde und Erik Bartel	43

1. Einleitung

von Julius Gäde und Erik Bartel

Wir sind 13 Schüler/innen des Prenzlauer Christa-und-Peter-Scherpf Gymnasiums und besuchen dort die 11. Klasse. Durch unseren Geschichtslehrer, Herrn Theil, sind wir im Oktober 2019 auf das Projekt „Umbruchzeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ aufmerksam gemacht worden.

Unsere Kursgruppe hat sich dann sehr schnell dazu entschieden, an diesem Wettbewerb teilzunehmen. Anfangs war uns jedoch noch nicht klar, ob wir einen gemeinsamen Beitrag als Kursgruppe erarbeiten oder wir mehrere Arbeitsgruppen bilden, die sich unterschiedlichen Themen zuwenden. Letztendlich entschieden wir uns für einen gemeinsamen Gruppenbeitrag, der aus den zwei Teilen Film und wissenschaftliche Arbeit bestehen sollte. Als erstes haben wir uns auf die schriftliche Arbeit konzentriert, wobei es uns vorrangig um den regionalen Bezug ging. Die Fragen, die wir uns für das Projekt gestellt haben, waren u.a.: Welche Veränderungen sind mit dem Mauerfall und der Wiedervereinigung Deutschlands für die Menschen in unserer Region eingetroffen? Welche Vorteile, aber auch Probleme ergaben sich daraus? Denn schließlich mussten ja zwei völlig unterschiedliche Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme zusammenwachsen. In diesem Zusammenhang wollten wir uns auch mit der Landwirtschaft und der Abwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) beschäftigen, da es einige Mitschüler in unserer Klasse gibt, die selbst einen Bezug dazu haben. Auf der Grundlage von historischen Zeitungen und Dokumenten aus den Jahren 1989/90, wie z.B. Protokollen vom Runden Tisch in Prenzlau, Fotos von Plakaten und Losungen aus der Wendezeit, Filmen, Tonbandaufzeichnungen sowie verschiedener Zeitzeugenbefragungen und einer Internetrecherche wollten wir herausfinden, wie die Zeit der Friedlichen Revolution in Prenzlau und der Uckermark verlaufen ist. Wir wollten erfahren, wie unsere Eltern und Großeltern, aber auch andere Personen diese Umbruchszeit erlebt haben. Uns interessiert vor allem, wie sie heute über die Entwicklung der letzten 30 Jahre urteilen und inwieweit nach dem Mauerfall auch die Mauer in den Köpfen gefallen ist, oder ob sich die Bürger noch immer als Osis oder Wessis fühlen!

2. Der Fall der Mauer und die Auswirkungen auf Prenzlau

von Henrik Schneider und Enie Heinold

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel und somit der Weg zur Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland eingeleitet war, gab es in ganz Deutschland eine euphorische Stimmung. Viele Bürger konnten damals nicht fassen, was sie damals gerade erlebten. Aber wie kam es 1961 überhaupt zum Mauerbau?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges traten die in den Konferenzen in Jalta und Potsdam besprochene territoriale Veränderungen in Kraft, die die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen besiegelten. Berlin wurde in vier Sektoren aufgeteilt. Da sich die Beziehungen zwischen der Siegermacht Sowjetunion und den Westalliierten immer weiter verschlechterten, das Wirtschaftssystem des Ostens nicht funktionierte und der politische Druck immer größer wurde, haben viele Leute das Land durch die noch offene Grenze verlassen. So gab es bis zum 13. August 1961 insgesamt 801 „illegale Auswanderungen“ allein aus Prenzlau. Zwischen 1949 und 1961 verließen etwa 2,8 Mio. DDR-Bürger ihren Staat in Richtung Westen¹. Aus diesem Grund hat die SED-Regierung dazu entschieden, die Zugangswege nach West-Berlin durch eine Mauer zu schließen. Die nach und nach immer weiter befestigte Berliner Mauer hatte eine Gesamtlänge von 155 Kilometern. Zuvor bestand bereits die innerdeutsche Grenze von der Lübecker Bucht bis zur deutsch-tschechoslowakischen Grenze mit einer Länge von 1440 Kilometern.¹ Tausende Familien wurden getrennt oder verloren ihren Arbeitsplatz in West-Berlin.

Trotzdem es den Bürgern nicht mehr erlaubt war, die Grenze zu überschreiten, hatten es viele versucht. So auch der 19-jährige Grenzpolizist Conrad Schuhmann, der am 15. August 1961, zwei Tage nach dem Beginn des Mauerbaus über den ausgelegten Stacheldraht sprang und in den Westen floh. Er sollte eigentlich verhindern, dass andere Personen die Grenze überschreiten. Aus dem Kreise Prenzlau haben im Jahre 1963 neun Personen eine Flucht unternommen, wobei jedoch nur zwei Versuche geglückt sind. So auch, der zum Zeitpunkt seines Todes, 38 Jahre alte Manfred Mäder, welcher am 21. November 1986 versucht hatte die Mauer, mit einem LKW zu überqueren. Nachdem der LKW zum Stehen kam, versuchte Mäder über die Mauer zu klettern, wobei ihm doch von dem Grenzsoldaten Dieter S. in den Oberschenkel geschossen wurde, so dass er auf den Boden viel und an seiner Verletzung verblutete.² In den folgenden Jahren bis zum Mauerfall sind die Fluchtversuche weniger geworden, was auf das hohe Risiko zurückzuführen ist. Insgesamt hat die Mauer mindestens 140 Menschen das Leben gekostet.³

Mehr als 28 Jahre lang galt die Mauer als „Front“ des kalten Krieges. Die steigende Spannung innerhalb der DDR sorgten für Unruhen und Proteste durch die Bevölkerung. Seit September

¹ Vgl. Grau, Andreas/Würz, Markus: Flucht und Notaufnahme, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/mauerbau/flucht-und-notaufnahme.html>, Zugriff am 26.1.2020.

² Vgl. Chronik der Mauer, <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detail/id/593908/page/1>, Zugriff am 18.02.2020

³ Vgl. Ebd. Zugriff am 26.1.2020.

1989 fanden in Leipzig die Montagsdemonstrationen statt, wo die Bürger Reisefreiheit und die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit forderten.⁴ Nicht einmal eine Woche später, vom 10. auf den 11. September, wurde der Grenzzaun zwischen Ungarn und Österreich endgültig geöffnet. Deswegen war Ungarn im Sommer 1989 das beliebteste Reisegebiet für DDR-Bürger.⁵

Der damals einflussreichste Mann in der SED-Regierung, Erich Honecker, der am 18. Oktober 1989 gestürzt wurde, ist durch Egon Krenz ersetzt worden. Er hatte in der Bevölkerung kein Vertrauen, wodurch es zu der größten Demonstration in der Geschichte der DDR kam, welche am 4. November 1989 stattfand.⁶ Als eine Reaktion auf die Massenproteste ließ das Politbüro ein Ausreisegesetz am 7. November 1989 ausarbeiten. Zwei Tage später übergab der SED-Generalsekretär Egon Krenz einen handschriftlichen Entwurf an Günter Schabowski. Eine Pressekonferenz fand am gleichen Abend statt, wo das neue Reisegesetz, welches eigentlich erst am nächsten Tag gelten sollte, von Schabowski verkündet wurde. Als Antwort auf die Frage eines Reporters, ab wann dieses Gesetz gelten würde, sagte er: „Das tritt nach meiner Kenntnis - ist das sofort, unverzüglich.“⁷ Nach dieser Übertragung durch das DDR-Fernsehen und Radio gingen große Menschenmassen zu den Grenzübergängen der Mauer, mit der Absicht, diese zu passieren. Obwohl ein Schießbefehl immer aktiv war, wurden die Demonstranten nach und nach durchgelassen, um den Druck zu verringern. Letztendlich konnte den Spannungen doch nicht standgehalten werden, sodass im Verlauf des Abends weitere Grenzübergänge innerhalb der Stadt geöffnet wurden. Die gesamte Nacht feierten Ost- und Westdeutsche den Mauerfall.

Am 3. Oktober 1990 kam es zur Wiedervereinigung, die DDR trat somit dem Geltungsbereich der BRD bei.⁸ Zu diesem historischen Ereignis sagte Willy Brandt: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“⁹

⁴Vgl. Montagsdemonstrationen, <https://www.zeitclicks.de/topmenu/zeitstrahl/navigation/topnav/jahr/1989/montagsdemonstrationen/>, Zugriff am 10.02.2020.

⁵ Vgl. Als sich der "Eiserne Vorhang" öffnete, <https://www.mdr.de/zeitreise/stoebbern/damals/ungarn-eiserner-vorhang-grenze-oesterreich100.html>, Zugriff am 10.02.2020.

⁶ Vgl. Größte DDR-Demo: Abgesang am Alexanderplatz, <https://www.dw.com/de/größte-ddr-demo-abgesang-am-alexanderplatz/a-51086149>, Zugriff am 22.01.2020.

⁷ Zitate von Günter Schabowski <https://www.geschichteabitur.de/lexikon/uebersichtdeutscheteilung/mauerfall>, Zugriff am 10.02.2020.

⁸ Vgl. Folgen der Wiedervereinigung Deutschlands- Referat, <https://www.lerntippsammlung.de/Folgen-der-Wiedervereinigung-Deutschlands.html>, Zugriff am 11.02.2020.

⁹ Folgen der Wiedervereinigung Deutschlands- Referat, <https://www.lerntippsammlung.de/Folgen-der-Wiedervereinigung-Deutschlands.html>, Zugriff am 11.02.2020

3. Vom Mauerfall zur deutschen Einheit – Einblicke in die Wendezeit

von Dennis Hein und Gene Groth

Für viele Bürger in Ost und West wurde der Fall der Mauer als Sensation ihres Lebens wahrgenommen. Wohl die Wenigsten hätten damit gerechnet, dass dies einmal geschehen würde. Die großen Demonstrationen und die anhaltende Fluchtbewegung hatten die DDR-Regierung zu diesem Schritt veranlasst. Nun ging es den meisten Bürgern in der DDR darum, eine schnelle Wiedervereinigung zu erreichen, um in den Besitz der D-Mark zu gelangen. Intensiv stritten die Mitglieder von Parteien und Bürgerrechtsbewegungen über den richtigen Weg zur Wiedervereinigung. In Ostdeutschland spielte dabei insbesondere der Rund Tisch eine große Rolle.

3.1 Der Runde Tisch in der DDR

von Dennis Hein und Gene Groth

Am 07. Dezember 1989 fand in Ost-Berlin erstmals die Versammlung „Der Runde Tisch“ statt. Inspiriert wurde diese Versammlung damals von der Demokratiebewegung in Polen, wo kurz zuvor Versammlungen organisiert wurden, bei denen verschiedene Vertreter aus Politik und Gesellschaft in einen Dialog getreten waren, um über Veränderungen zu beraten. Auch in der DDR kamen Bürgerrechtler, Vertreter verschiedener Bürgerbewegungen und der Kirche mit Politikern der Regierung zusammen. Vertreter der Kirche wirkten oft als Vermittler und Moderatoren dieser Gespräche. So war es auch in Prenzlau, wo der Pfarrer Quart¹⁰ den Runden Tisch leitete. Ähnlich wie in Polen verfolgten die Initiatoren des Runden Tisches in der DDR das Ziel, demokratische Veränderungen durchzusetzen. Dazu gehörten u.a. eine neue Verfassung sowie freie Volkskammerwahlen. Zu den neuen Oppositionsparteien, die am Runden Tisch vertreten waren, gehörten beispielsweise „Demokratie jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“ oder „Vereinigte Linke“. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit war ein zentrales Thema, das von der Opposition immer wieder aufgegriffen wurde. Die Gespräche im Dietrich-Bonhoeffer-Haus fanden unter anderem mit dem Sekretariat des Bundes Evangelischer Kirchen und dem Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz statt. Der zentrale Runde Tisch war bis zum 12. März 1990 nahezu wöchentlich in Berlin tätig. Schon in der ersten Sitzung kam es zum Beschluss, eine erste freie Volkskammerwahl abzuhalten und es sollte eine neue DDR-Verfassung ausgearbeitet werden. Im Januar 1990 beschloss man eine „Regierung der nationalen Verantwortung“ zu bilden.¹¹

¹⁰ Der 1955 geborene Jürgen Quart ist im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg groß geworden. Er erlernte den Beruf Schriftsetzer und war zunächst bei der Zeitung „Freie Zeit“ tätig, bevor er von 1978 bis 1983 an der Humboldt-Universität Theologie studierte. Es schloss sich eine zweieinhalbjährige kirchliche Ausbildung an, bevor er 1986 Pfarrer an der Jacobikirche in Prenzlau wurde. Hier sollte er auch am 16.12.1989 den ersten „Runden Tisch“ leiten, der sich zu einer wichtigen Bürgerrechtsplattform entwickelte. Im März 2006 verließ Pfarrer Quart die Stadt Prenzlau.

¹¹ Vgl. Petschow, Annabelle: Der Runde Tisch, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/der-runde-tisch.html>, Zugriff am 21.1.2020.

Am Runden Tisch geht's im neuen Jahr weiter

Über Verfahrensfragen und Inhalte geeinigt

Wie bereits angekündigt, fand der erste Runde Tisch des Kreises Prenzlau auf Einladung der LDPD statt. Teilnehmer waren Vertreter aller Parteien, des Neuen Forums, des Rates des Kreises und der evangelischen Kirche.

Zu den wesentlichsten Punkten dieser ersten Runde gehörte die Einigung über Verfahrensfragen und Arbeitsinhalte. So versteht sich das Gremium vor allem als Vorschlags- und Kontrollorgan der örtlichen Räte. Um die politische Parität aller Vertreter zu sichern, wurden die Anträge der Massenorganisationen und von Vertretern der NVA auf ständige Teilnahme abgelehnt, eine Beteiligung zur Lösung von Sachfragen jedoch befürwortet.

Als erste Problemkreise wurden

unter anderem Fragen der weiteren Nutzung des Gebäudes der SED-Kreisleitung erörtert. Am ersten Donnerstag im neuen Jahr geht es in die zweite Runde, dann zu Fragen ÖVW und Volksbildung. Diese zweite Zusammenkunft steht unter Leitung eines Vertreters der evangelischen Kirche.

In Übereinstimmung aller Teilnehmer des Runden Tisches bitten wir die Bürger unseres Kreises, vor allem aus humanistischer Sicht ehemalige Mitarbeiter der Parteiorgane der SED und Angehörige des aufgelösten Ministeriums für Nationale Sicherheit aus dem Arbeitsprozeß auszugrenzen. Bei aller auch uns bekannten Problematik darf es hier nicht zur Verschärfung der Konfrontation kommen. Menge

In der „Freien Erde“ berichtet am 16. Dezember 1989 die LDPD von der ersten Zusammenkunft des Runden Tisches in Prenzlau. Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins

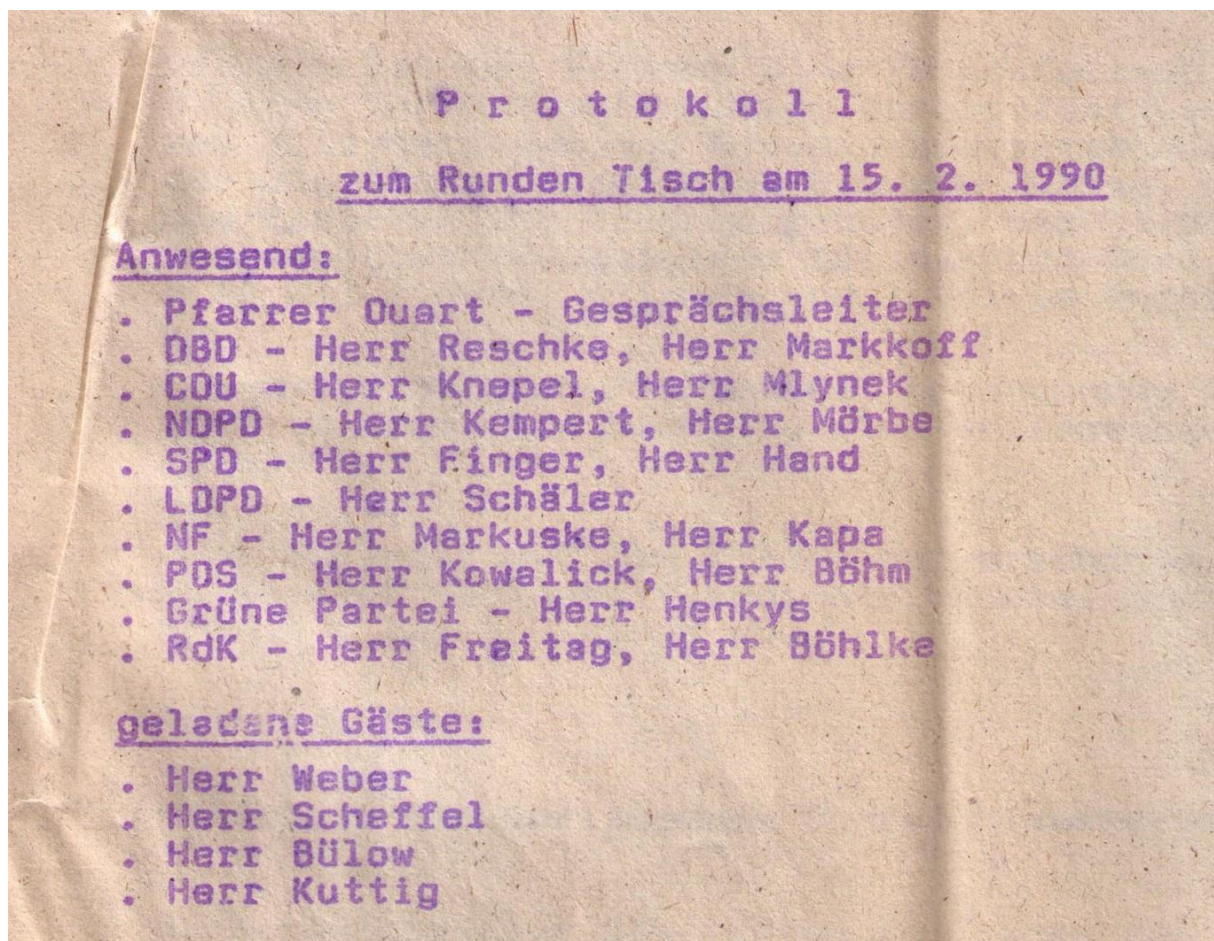
Nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch auf regionaler Ebene bildeten sich viele „runde Tische“. Ihr Ziel war es, die Demokratisierung auf allen Ebenen voranzutreiben und die Verwaltung stärker zu kontrollieren. So auch in Prenzlau. Der erste Runde Tisch fand am 12. Dezember 1989 im Eiscafé „Marietta“ statt. Zur Debatte standen damals verschiedene Verfahrensfragen zur Nutzung des Gebäudes der SED-Kreisleitung. Anfang Januar 1990 sollten auf dem zweiten Runde Tisch verschiedene bildungspolitische Fragen und die Versorgungsprobleme besprochen werden.¹² Bald darauf wurde auf dem vierten Runde Tisch die innere Sicherheit thematisiert. Dazu hatte man u.a. den Leiter des Polizeikreisamtes

¹² Vgl. Regionalzeitung FREIE ERDE vom 16.12.1989.

und den ehemaligen Leiter der Kreisdienststelle des MfS eingeladen.¹³ Die Protokolle des Runden Tisches sind jedoch nur teilweise erhalten, wodurch von uns nur wenige von diesen eingesehen werden konnten.¹⁴ Der in Prenzlau am 19. April 1990 tagende Runde Tisch schlug vor, das Filmtheater der Freundschaft der Stadt Prenzlau zu übertragen. Die Kulturinitiative Prenzlau organisierte daraufhin unmittelbar danach eine Unterschriftensammlung zum Erhalt des Filmtheaters, die im Juni 1990 dem Leiter der Bezirksfilmdirektion vorgelegt wurde. Die Bemühungen blieben jedoch erfolglos, das Kino wurde privatisiert.

Auf der letzten Zusammenkunft des „Runden Tisches“ in Prenzlau informierte der Leiter der Arbeitsamtnebenstelle, Klaus Luttert, am 26. April 1990, dass die Zahl der Arbeitslosen im Kreis Prenzlau auf 208 gestiegen sei.

Pfarrer Jürgen Quart, der die zehn Runden Tische im Kreis Prenzlau geleitet hatte, äußert in einem Interview: „Ich wünsche uns, dass wir eine demokratische Struktur finden, die die Arbeit des Runden Tisches zur Randnote der Geschichte werden lässt.“¹⁵



Auszug vom Protokoll des Runden Tisches vom 15.12.1990 aus dem Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins, Archiv UGVP.

¹³ Vgl. Wunnicke 2012, S. 142.

¹⁴ Vgl. Regionalzeitung FREIE ERDE vom 7.12.1989. Wunnicke 2012, S. 33.

¹⁵ Regionalzeitung Nordkurier vom 6.5.1990.

3.2 Protest gegen die Hubschrauberstationierung in Prenzlau

von Annekathrin Stöckel und Josi Hamann



Prenzlauer protestieren gegen Kampfhubschrauber. Foto: Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins

1989 gilt als Umbruchsjahr in Deutschland. Die Bürger waren unzufrieden und zweifelten das System an. Sie forderten Reformen und Meinungsfreiheit und setzten sich gegen Wahlfälschung ein. Nicht nur in Berlin und den anderen Großstädten kam es zu Protestaktionen, auch in Prenzlau gab es 1989 und 1990 verschiedene größere Demonstrationen. Aber warum und wie kam es dazu?

Prenzlau galt als wichtiger militärischer Stützpunkt für die UdSSR, da die Stadt durch die guten Verkehrsanbindungen als Knotenpunkt galt. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die sowjetische Besatzungsmacht die Wehrmachtsgebäude, welche schon in den 1930er Jahren von den Nationalsozialisten errichtet wurden. Die sowjetischen Soldaten und ihre Angehörigen waren in Wohnsiedlungen am Stadtrand untergebracht.

Am 18. Mai 1989 wurden medienwirksam auf dem Prenzlauer Bahnhof Panzerverbände verabschiedet. Was zu diesem Zeitpunkt noch kaum einer wusste, war, dass es bereits Pläne für einen Hubschrauberlandeplatz für 180 Kampfhubschrauber gab.¹⁶ Dieser sollte am Stadtrand von Prenzlau, neben der heutigen Grabowschule in Richtung Röpersdorf errichtet werden. Die Bauarbeiten dazu waren zu diesem Zeitpunkt bereits angelaufen. Hubschrauber

¹⁶ Vgl. Biadacz, Manuel: Prenzlau gegen Hubschrauber, Prenzlau 1999, S. 20.

vom Typ Mi-8 überflogen Prenzlau und auch Schwerlasttransporter mit Baumaterial durchquerten die Stadt in der Nacht. Beladen waren die großen Fahrzeuge mit Stahlplatten, die später einen Landeplatz in der Größe von vier Fußballfeldern bilden sollten. Schon bald beschwerten sich Leute über den unglaublichen Lärm, den die 12 Tonnen schweren Giganten der Lüfte machten und den Benzinnebel bzw. den Benzingeruch, welcher vor allem das Leben der Röpersdorfer erschwerte.¹⁷

PROTEST DEMONSTRATION

- AM 15. JANUAR UM 19.00 UHR
- VOR DEM KINO IN PRENZLAU

WIR PROTESTIEREN

gegen die SED-Bevormundung der Regionalpresse
gegen die Verzögerungstaktik der SED beim Auszug
aus Betrieben, Schulen und Gebäuden
und beim Abbau ihrer stalinistischen
Macht- und Finanzdiktatur
gegen die SED-Pläne zur Wiederherstellung der Stasi

WIR DEMONSTRIEREN

für eine ausgewogene und freie Presse
für Chancengleichheit aller politischen Organisationen
für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes

WIR HABEN BEVORMUNDUNG,

AMTSMISSBRAUCH & MISSWIRTSCHAFT
UND STAATSSICHERHEIT SATT.

DESHALB LADEN WIR ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER
UNSERES KREISES AM 15.1.1990 ZU EINER PROTESTDEMO
GEGEN DEN NEOSTALINISMUS DER SED EIN.

SPD + NEUES FORUM + CDU + LDPD



Protestaktionen gegen Kampfhubschrauber in Prenzlau. Foto: Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins

Am 23. Oktober 1989 diskutierte die Kreisleitungssitzung der SED über die lokalen Probleme und so auch über die Stationierung der Hubschrauber. Die unzufriedene Bevölkerung von Röpersdorf verfasste vier Tage später, am 27. Oktober, ein Protestschreiben an das Ministerium für Nationale Verteidigung. Die Anträge und Einwände wurden jedoch nicht beachtet und in den darauffolgenden Wochen wurden weitere Truppenteile stationiert. Deswegen verfasste die Gemeinde am 13. November eine weitere Protestresolution.¹⁸ Am 14. November kam es in Anwesenheit von Abgeordneten des Rates des Kreises, dem 1. Sekretär der SED und vielen Bürgern zu einer öffentlichen Diskussion. Auch der Ratsvorsitzender Eckhard Rissmann wollte einen kurzfristigen Baustopp erlangen. Vertreter des „Neuen Forums“ sammelten Unterschriften gegen die Hubschrauberstationierung. Der für den 20. November angesetzte Probeflug fiel aufgrund von „schlechtem Wetter“ aus. Dennoch trafen sich hunderte von Bürgern zum Protestieren auf der Straße. „Vor der Aula der heutigen Carl-Friedrich-Grabow-Schule in Prenzlau versammelten sich erstmals um die 300

¹⁷ Vgl. Ebd.

¹⁸ Vgl. Biadacz, Manuel: Prenzlau gegen Hubschrauber, Prenzlau 1999, S. 27-30.

Menschen. Nach kurzer Zeit kam ein russischer Offizier raus und sagte, dass ihnen diese Menschenansammlung nicht gefalle und beim nächsten Mal als der russische Offizier rauskam bat er die Menschen in die Aula.“, so der Zeitzeuge Harald Jahn. „Vorne auf der Bühne saßen Leute der sowjetischen Seite, ein Stasi-Mitarbeiter und auch Mitglieder der SED-Kreisleitung, die Leute waren verwirrt und fragten, was das solle und es wurde lauter im Saal.“, fuhr er fort.¹⁹ Vor allem er (Harald Jahn), Peter Bülow, Hans Joachim Wellmann und Marlies Czerwinski setzten sich gegen die Stationierung der Hubschrauber ein. Später wurden sie von der Bevölkerung zu Bürgersprechern gewählt. „[...] vermutlich, da wir die größte Klappe hatten [...]“, sagte Zeitzeuge Peter Bülow, als wir ihn in unserem Interview mit der Frage konfrontierten, warum gerade er und die von ihm genannten Leute diese große Aufgabe tragen sollten.²⁰ Nach dem Gespräch zwischen den sowjetischen Offizieren und den Bürgern verbesserte sich die Lage aber nicht. Die Bevölkerung wurde nur noch unzufriedener. Gründe dafür waren unter anderem die mangelnde Glaubwürdigkeit der Abrüstung, wie man auch auf den Transparenten der Demonstranten erkennen kann. Sie trugen Spruchbänder mit kritischen Losungen, wie z.B. „Vorn offen abgerüstet, hinten heimlich eingenistet“. Trotzdem man der Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit eigentlich Abrüstung versprochen hatte, sollten die abgezogenen Panzer durch Kampfhubschrauber ersetzt werden. Außerdem kritisierten die Bürger die Lärm- und Umweltbelastung, die damit verbunden war. Generell nahmen die Offiziere die Proteste der Prenzlauer und Röpersdorfer zunächst gar nicht ernst. Für den 3. Dezember 1989 meldete Peter Bülow deshalb die erste geplante Demonstration gegen die Kampfhubschrauber an. Einwohner aus Prenzlau und der Umgebung wurden durch Flugblätter vom geplanten Protest informiert. Am 3. Dezember versammelten sich dann rund 3000 Bürger, um mit ihren Plakaten zu demonstrieren und klar zu machen, dass man etwas gegen die Hubschrauberstationierung tun muss. Das Militär ignorierte die verärgerten Bürger und trotz des geplanten Baustopps wurden weiter Landemanöver durchgeführt. Bei einem Interview mit der „Freien Erde“ sprach Hans-Joachim Wellmann von einem bevorstehenden Protestzug in Berlin, der für den 10. Februar 1990 angesetzt war.²¹ An diesem Tag trafen sich 250 Prenzlauer Bürger, Bürger aus Röpersdorf und Umgebung um 08.15 Uhr, um mit vier Bussen und vielen privaten Fahrgemeinschaften nach Berlin zu fahren. Innerhalb Berlins wurden sie von der Polizei bis zum Karl-Marx-Platz begleitet und gingen von dort aus weiter zu Fuß zur sowjetischen Botschaft. Dort forderten sie lautstark mit Plakaten und Transparenten den Abbau des Hubschrauberlandeplatzes.²²

¹⁹ Jahn, Harald: Interview am 18.12.2019.

²⁰ Bülow, Peter: Interview am 13.01.2020.

²¹ Vgl. Biadacz, Manuel: Prenzlau gegen Hubschrauber, Prenzlau 1999, S. 38-43.

²² Doch auch am Runden Tisch in Prenzlau zeigten die Verantwortlichen des sowjetischen Militärs kein weiteres Interesse an Verhandlungen.



Prenzlauer protestieren vor der sowjetischen Botschaft in Berlin gegen Kampfhubschrauber in Prenzlau.
Foto: Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins

Vertreter der Bürgerinitiative wurden am 10. Februar 1990 zu einem Gespräch mit dem Botschafter vorgelassen, das aufgezeichnet wurde. Der Sprecher der Initiative, Harald Jahn, forderte in diesem Gespräch sehr deutlich eine sofortige Einstellung der Flüge und den Rückbau der Anlagen. Er kritisierte die „Verschleppungstaktik“ der verantwortlichen Militärs, die sich nicht an die Absprachen halten würden. Dazu nannte er u.a. konkrete Tage, an denen es Flugbewegungen über Prenzlau und Röpersdorf gab. Weiterhin informierte er, dass noch immer Materiallieferungen zum Ausbau des Hubschrauberlandeplatzes erfolgen würden. Der Botschafter entgegnete, dass er sich wie auf einer Anklagebank fühlen würde, was er so nicht akzeptieren könne. Er versicherte, dass bis zum 6. Mai alle Forderungen der Bürgerinitiative erfüllt werden würden, worauf sich die Sprecher der Initiative jedoch nicht einlassen wollten, wie sie mehrfach betonten.²³

Bereits am 1. März 1990 kündigten die Vertreter der Sowjetunion dann an, dass keine weiteren Hubschrauber in Prenzlau und Umgebung stationiert werden sollen und dass bis Oktober 1990 ein Zeitplan zur vollständigen Abrüstung vorliegen soll. Damit hatte die Bürgerbewegung ihr Ziel erreicht und die Stadt Prenzlau wurde demilitarisiert.

²³ Tonbandaufzeichnung vom Gespräch der Bürgerinitiative mit dem sowjetischen Botschafter in Berlin vom 10.2.1990, Archiv: Harald Jahn (Kopie im Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins).



Prenzlauer protestieren vor der sowjetischen Botschaft in Berlin gegen Kampfubschrauber in Prenzlau.

Foto: Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins

Berliner Allgemeine
 Nr. 30 • 7. März 1990, Seite 8

Hubschrauber-Flugplatz wird schrittweise demontiert

Heißes Problem im Sinne der Prenzlauer gelöst

In Prenzlau werden keine Hubschrauber der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte stationiert. Der bisher verfügte zeitweilige Baustopp des Flugplatzes in der Nähe der Kreisstadt erhält endgültigen Charakter. Das vereinbarten während eines Gesprächs in der UdSSR-Botschaft in Berlin eine Abordnung von Prenzlauer Bürgern mit Vertretern des Oberkommandos der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR, darunter der stellvertretende Oberkommandierende Generalleutnant G. Tarassow, sowie der Botschaft der UdSSR in der DDR.

Wir anerkennen die kooperative Bereitschaft der sowjetischen Seite, erklärten nach dem Gespräch der Vorsitzende des Rates des Kreises, Eckhard Rißmann, und für die Bürgerinitiative Abrüstung Hans-Joachim Wellmann. Das Oberkommando der Streitkräfte, erklärten sie gegenüber ADN, habe darüber hinaus zugesagt, daß den staatlichen Organen in Prenzlau bis Oktober dieses Jahres ein Zeitplan zur Demontage des Flugplatzes übergeben wird, die im Jahre 1991 begonnen und abgeschlossen werden soll. Übereinkunft habe man erzielt, daß die bisherige Flugroute der Hubschrauber in Abstimmung mit der NVA unter Umgehung der Vororte Prenzlau verlegt wird.

Die Prenzlauer Abordnung, die sich in Berlin auf einen entsprechenden Beschluß des Kreistages und den Willen einer breiten Bürgerbewegung stützte, verpflichtete sich ihrerseits, auf jegliche, die Aktivitäten der sowjetischen Truppen störenden oder behindernden Aktivitäten zu verzichten und den Freizug der sowjetischen Garnison in der Stadt auf diplomatischem Wege zu klären.

Die Hubschrauberstationierung, war im 22 000 Einwohner zählenden Prenzlau und in seiner Umgebung zu einem heiß diskutierten Thema geworden, nachdem Abzug sowjetischer Panzer am 18. Mai vorigen Jahres die „sofortige Nachrüstung mit modernen Hubschraubern“ folgte, wie es die Bürgerinitiative ausdrückte. Der in Prenzlau wegen der einseitigen sowjetischen Abrüstung als historisch begrüßte Tag sollte auch einer bleiben, meinte Hans-Joachim Wellmann. Dabei sei man durchaus nicht auf einem Auge blind. „Es geht uns um Abrüstung auf dem Boden der DDR und der BRD, und wir können uns den Weg zu einem einheitlichen Deutschland nicht vorstellen ohne die Verringerung des militärischen Potentials auf deutschem Boden. Und wir sehen durchaus, daß es zur Lösung dieses Problems in der Bundesrepublik derzeit sicher noch mehr zu tun gibt als bei uns.“

Deshalb stehen die Prenzlauer auch in Kontakt mit einer Bürgerinitiative in Wiesbaden, die sich gegen die Stationierung von Hubschraubern der USA-Armee wendet.

Berliner Allgemeine vom 7. März 1990, Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins

4. Der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft vor und nach der Wiedervereinigung

von Annekatriin Stöckel und Josi Hamann

Viele Menschen in den neuen Bundesländern spüren noch heute die Auswirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in der DDR. Durch Fehlentscheidungen der DDR-Regierung und Lücken im System der Planwirtschaft geriet die Wirtschaft schon in den 1980er Jahren ins Wanken. Nie konnten die hoch gesteckten Ziele der Fünfjahrespläne erreicht werden, sodass man die wirtschaftlichen Ergebnisse schönen musste. Die einseitige Berichterstattung der staatlich gelenkten Presse spiegelte ein völlig unrealistisches Bild von einer regelmäßigen Planübererfüllung. Aber die Bedürfnisse der Bürger in der Versorgung mit Konsumgütern konnten nicht gedeckt werden. Trotz intensiver Bemühungen konnte das Wohnungsproblem in der DDR nie gelöst werden. Anspruch und Realität klafften immer mehr auseinander. Aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten kürzte die Regierung den Etat für Forschung und technologische Entwicklung, was sich zusätzlich negativ auswirkte. Auch die Situation auf dem Weltmarkt beeinflusste die Wirtschaft. So führte die nachlassende Erdöllieferung der UdSSR zu massiven Rohstoff- und Energieproblemen. Als Folge stand der Staat 1982 kurz vor dem Bankrott, der nur durch einen Milliardenkredit aus der BRD verhindert werden konnte.²⁴

Mit dem Mauerfall bzw. der Wiedervereinigung kam die ostdeutsche Wirtschaft in eine neue Krise. Die Mehrzahl der ehemaligen volkseigenen Betriebe war weder sanierungs- noch konkurrenzfähig. Die von der Treuhand vollzogene Privatisierung führte oft zu einschneidenden Produktions- und Betriebsstillegungen, die wiederum eine sehr hohe Arbeitslosigkeit nach sich zog. Ostprodukte wurden plötzlich nicht mehr gekauft. Westprodukte waren nun gefragt, die schon in der Wendezeit schnell den ganzen Markt überschwemmt. Auch in der Stadt Prenzlau bzw. der Uckermark konnte man die Folgen wahrnehmen. Die Stilllegungen von wirtschaftlich wichtigen Unternehmen und Genossenschaften hatten einen großen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Region, da sie auch bedeutende Arbeitsgeber waren, die nun wegfielen. Das erschwerte einen Neuaufbau zusätzlich.

4.1 War die marode DDR-Volkswirtschaft noch zu retten?

von Annekatriin Stöckel und Josi Hamann

Das wirtschaftliche System der DDR basierte auf der Planwirtschaft. Anders als in der BRD hat der Staat die Kontrolle über die Produktion von Gütern und deren Verteilung sowie den Endverbraucherpreis. Nicht etwa der Verbraucher bzw. die Nachfrage und das Angebot bestimmen den Markt, sondern die Regierung hatte vollkommene Macht über die Produktion. Die bewusste Entscheidung, in der DDR ein Gegengewicht zur freien

²⁴ Vgl. Malycha, Andreas: Geschichte der DDR. Informationen zur politischen Bildung, Heft 3, Bonn 2011, S. 67.

Marktwirtschaft Westdeutschlands zu installieren, zeigt die enge Verknüpfung zur Sowjetunion. Nach diesem Modell funktionierte auch die Wirtschaft in der DDR.

Ein zentrales Ziel der Regierung war es, eine möglichst große Übereinstimmung der Lebensverhältnisse innerhalb des Volkes zu erreichen, was durch die Planwirtschaft augenscheinlich ermöglicht wurde. Dazu wurde ein Plan entworfen, der für 5 Jahre die Produktionsmittel und Gelder verteilte. Außerdem enthielt er auch Anordnungen für Unternehmen, die sie unbedingt erfüllen sollten. Dadurch, dass die Betriebe nicht in privater Hand, sondern unter staatlicher Aufsicht waren, mussten sie gezwungenermaßen außerordentliche Erfolge vermelden. Demzufolge entsprachen ihre Bilanzen kaum der Wahrheit, da sie in der Regel geschönt waren. Misserfolge und schlechte Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit verschwiegen.

1963 wurde das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) von dem damaligen Staatschef Ulbricht eingeführt. Durch dieses neue System erhielten Betriebe mehr Eigenverantwortung.²⁵ So sollte das bereits eingefahrene Wirtschaftsprinzip erneuert werden. Jedoch beschränkten sich diese Reformen auf nur wenige Elemente der Marktwirtschaft. Als Erich Honecker Generalsekretär des Zentralkomitees der SED wurde, erfolgte auch eine Änderung in der Wirtschaftspolitik. Das NÖSPL wurde als abgeschlossen erklärt und die noch privat wirtschaftenden Handwerker in Produktionsgenossenschaften (PGHs) gedrängt.

Mieten, Strom und Grundlebensmittel waren dauerhaft für jeden erschwinglich. Doch dies kostete dem Staat viel Geld. Um sich vor einem Staatsbankrott zu retten, nahm die Regierung unter Honecker Kredite aus dem Westen an. Als Gegenleistung milderte die DDR die Schikanen an der deutsch-deutschen Grenze und baute auch die Selbstschussanlagen ab.²⁶ Doch auch ein zweiter Milliardenkredit, der 1984 in Anspruch genommen wurde, löste die wirtschaftlichen Probleme nicht. Die Verschuldung der DDR nahm immer mehr zu.

Ein enormer Rohstoffmangel stellte ein weiteres schwerwiegendes Problem dar. Die Knappheit an Baumaterialien oder Ersatzteilen blockierte die Produktion und sorgte für eine versteifte, ineffiziente Wirtschaft, die sich auch auf die Konsumgüterproduktion auswirkte. Spätestens als sogenannte „Bückware“, Geschäfte unter der Hand und leere Verkaufsauslagen zur Normalität wurden, war allen klar, dass dieses System nicht funktionierte.

Mit der Wende traten auch ganz neue Schwierigkeiten auf. Der Übergang von einer Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft war für viele ostdeutsche Firmen eine Herausforderung. Da sie zuvor nur nach staatlichen Vorgaben handelten, war der Absprung ins System des Kapitalismus nicht einfach. Die Betriebe hatten teilweise veraltete Maschinen und zu wenig Kenntnisse vom kapitalistischen Wirtschaften. Somit konnten sie gegen westdeutsche Unternehmen im Wettbewerb nicht standhalten und mussten schließen.

Die Arbeitslosigkeit stieg stark an. In Prenzlau „erhöhte sich die Arbeitslosenzahl [...] von 8,8 Prozent 1990 auf 24,6 Prozent 1996 und 26,3 Prozent 2003“.²⁷ Die hohe Arbeitslosigkeit

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Vgl. Martens, Bernd: Die Wirtschaft in der DDR, 30.03.2010, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47076/ddr-wirtschaft>, Zugriff am 07.01.2020.

²⁷ Engler, Harald 2009, S. 333.

sorgte für Perspektivlosigkeit und Frustration in der Bevölkerung. Infolge dessen zogen besonders junge Menschen bzw. Arbeitskräfte in die BRD.

Auch der Zusammenbruch der Absatzmärkte im Ostblock trug zum Zerfall der DDR-Wirtschaft bei. Die Treuhand, die das Vermögen der DDR verwalteten und die „Volkseigenen Betriebe“ in die Marktwirtschaft überleiten sollte, legte viele Unternehmen still oder verkaufte sie.²⁸ Was für die ostdeutsche Wirtschaft negative Auswirkungen hatte, war für westdeutsche Investoren ein regelrechter Segen. Neue Absatzmärkte und ein Überangebot an Produkten der BRD regierten zum Zeitpunkt kurz nach dem Mauerfall den Markt.

Auch in Prenzlau nahm man die Auswirkungen des Umbruchs war. „Zahlreiche Prenzlauer sahen sich vom Abbau von Arbeitsplätzen infolge der nicht mehr vorhandenen Konkurrenzfähigkeit ihrer Betriebe betroffen“.²⁹ Im Dialog zwischen der BRD- und DDR-Regierung wurde eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die Einführung der D-Mark beschlossen. Daraufhin versammelten sich Gewerkschafter im April 1990 in Prenzlau um gegen den Umtauschkurs von 2:1 zu protestieren.³⁰

Der Zerfall der DDR-Wirtschaft war vor allem insbesondere nach der Wiedervereinigung zum Scheitern verurteilt. Das festgefahrene System konnte nicht angemessen auf die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft reagieren. Es war nicht flexibel und wandlungsfähig genug. Vor der Wiedervereinigung wirtschaftete man sich in eine Schuldenfalle hinein. Da durch das Vorgeben von hohen Erträgen, die es so nicht gab, weniger Gewinn erzeugt wurde, konnten die gesamten Kalkulationen der Regierung nicht aufgehen. Im Zuge der Wende wurden gravierende Fehler gemacht, beispielsweise der Umgang der Treuhand mit zahlreichen Betrieben, einen suboptimalen Wechselkurs oder der radikale Übergang in die freie Marktwirtschaft.

Daraus folgten weitere Probleme, wie die enorme Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die man eventuell verhindern hätte können.



Das Arbeitsamt in Prenzlau befand sich 1991 in der Brüssower Allee im Bürohaus des AWP, Foto: Franz Roge, Archiv des UGVP.

²⁸ Vgl. Fritsch, Michael; Sorgner, Alina; Wyrwich, Michael: Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, <https://m-fritsch.de/wp-content/uploads/2017/06/Die-Entwicklung-der-Wirtschaft-in-Ostdeutschland-nach-der-Wiedervereinigung.pdf>, Zugriff am 07.01.2020.

²⁹ Engler, Harald 2009 S. 332.

³⁰ Vgl. ebd.

4.2 Die Abwicklung der DDR-Betriebe durch die Treuhandgesellschaft am Beispiel des Prenzlauer Armaturenwerkes

von Lara-Sophia Scheel und Josephine Plöger

Erwähnt man heute das Armaturenwerk in Prenzlau, so kennt fast jeder Einwohner jemanden, der dort bis zur Wende gearbeitet hat³¹ oder der bis heute in einem der Nachfolgeunternehmen des nach der Wende aufgeteilten Armaturenwerkes tätig ist. Das Armaturenwerk war vor der Wende einer der größten Arbeitgeber in der Region im Nordosten der DDR³² und damit auch eines der wichtigsten Unternehmen der Stadt Prenzlau. Doch wie kam es überhaupt dazu, dass in dieser Region ein so großer Industriebetrieb entstand?

Am 13. Dezember 1964 fasste der Ministerrat der DDR den Beschluss, ein neues Armaturenwerk zu errichten, um so den bestehenden Bedarf an Armaturen des Petrolchemischen Kombines der Stadt Schwedt, der Werften der Ostseeküste und zahlreicher anderer Betriebe im In- und Ausland abzudecken.³³

Die Wahl für den Standort des Armaturenwerkes fiel auf Prenzlau, weil der Nordosten der ehemaligen DDR bis zum Zeitpunkt der Beschlussfassung nur geringfügig industriell entwickelt war. Die Grundsteinlegung für den Neubau des Armaturenwerkes fand am 18. Mai 1967 statt. Bereits im März 1969 konnte mit der Produktion von Industriearmaturen (Keilschieber) begonnen werden.³⁴

Die Stadtväter und der Rat des Kreises erhofften sich von der Errichtung des Armaturenwerkes in Prenzlau auch wesentliche Fortschritte für die Entwicklung der Infrastruktur, besonders für den Wohnungsbau der im Krieg stark zerstörten Stadt Prenzlau.³⁵ Zur Gewinnung weiterer neuer Fachkräfte wurde 1965 eine eigene Lehrwerkstatt im Armaturenwerk eingerichtet.³⁶ Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich das Armaturenwerk zu einem Vorzeigebetrieb. 1970 wurde das Armaturenwerk Prenzlau in das Kombinat Magdeburger Armaturenwerke (MAW) eingegliedert.³⁷ Zwei Jahre später nahm das neue Werk die Produktion von Kältearmaturen auf. Zunächst wurden Absperr-, Regel- und Rückschlagventile hergestellt. Ab 1974 Sicherheitsventile und ab 1978 auch Haupt- und Magnetventile. Die DDR war seit 1960 das Zentrum der Kälte- und Klimatechnik im RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe). Das Armaturenwerk Prenzlau lieferte hauptsächlich in die Länder des RGW (DDR, Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, CSSR, Ungarn,

³¹ Vgl. Klaus, Sebastian: Ehemalige Armaturenwerker gesucht, Artikel im Nordkurier vom 19. Januar 2017, [<https://www.nordkurier.de/prenzlau/ehemalige-armaturenwerker-gesucht-1926832601.html>], [Zugriff: 26.01.2020].

³² Vgl. ebd.

³³ Vgl. Diller/ Wunnicke, 2012, S.92f.

³⁴ Interview mit Herrn Stephan Uhlig am 29. Januar 2020.

³⁵ Vgl. Kühnert, Fred: Vom Aufbau und Ende eines Betriebes, [<http://www.spurensicherung.org/text/Band4/kuehnert.htm>], [Zugriff: 09.02.2020].

³⁶ Interview mit Herrn Stephan Uhlig am 29. Januar 2020.

³⁷ Ebd.

Kuba, Mongolei und Vietnam). Allein in die Sowjetunion wurden von 1972 bis 1989 mehr als 400.000 Armaturen geliefert.³⁸

Bis Mitte der siebziger Jahre wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb optimiert. Sozialeinrichtungen wie Kindertagesstätten, ein umfangreicher Berufsbildungskomplex mit Schule und Internat, eine Kegelbahn, ein Fußballplatz, Räume für kulturelle Veranstaltungen, eine Betriebsbibliothek, Praxisräume für Betriebsarzt und Betriebszahnarzt, Frauenruheräume und andere Einrichtungen waren entstanden.³⁹

Das Armaturenwerk expandierte in den darauffolgenden Jahren immer weiter. Der Umsatz im Jahr 1969 betrug 6,3 Millionen Mark der DDR und konnte bis zum Jahr 1989 auf 200 Millionen Mark der DDR gesteigert werden. Die Anzahl der Mitarbeiter im Armaturenwerk Prenzlau stieg bis zum Jahr 1989 auf 1454.⁴⁰

Nach der Wende wurde der Betrieb von der Treuhandgesellschaft übernommen, die eine Privatisierung des Unternehmens einleitete.⁴¹ Mit dem hierdurch verbundenen Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft ging der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze einher.⁴² Im Armaturenwerk Prenzlau waren drastische personelle Maßnahmen erforderlich. Betrug die Anzahl der Mitarbeiter, die im Armaturenwerk beschäftigt waren, im Jahr 1989 noch 1454, sank diese bis ins Jahr 1992 auf ca. 250 Mitarbeiter.

Anhand dieser Zahlen wird die negative Auswirkung der Privatisierung durch die Treuhand besonders deutlich.⁴³

Mit der Gründung der AWP GmbH am 12. Juli 1990 erfolgte der Versuch, das Armaturenwerk Prenzlau in seiner Gesamtheit zu erhalten.⁴⁴

Es wurde in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt.⁴⁵ Viele Mitarbeiter hatten plötzlich Angst um ihre Existenz und reagierten auf diese Veränderung bereits am 28. Juni 1990 mit einem Warnstreik.⁴⁶ Die Mitarbeiter mussten jedoch erkennen, dass die von ihnen errungene Freiheit auch Schattenseiten hatte.⁴⁷

Am 15. Mai 1991 fand ein erneuter Streik vor dem Bürogebäude des letzten Betriebsdirektors der AWP GmbH, Günter Herrmann, statt. Mit diesem Protest sollte eine weitere Privatisierung der AWP GmbH und die damit einhergehenden Massenentlassungen verhindert werden. Der Streik erregte großes Aufsehen in Prenzlau.⁴⁸ Sogar die Polizei wurde an diesem Tag alarmiert, da die Betriebsleitung der AWP GmbH Angst vor Übergriffen durch Mitarbeiter hatte, denn

³⁸ Vgl. Die Geschichte von GEA AWP, [<http://awppvales.com/de/about-us/Historia.html>], [Zugriff: 9. Februar 2020].

³⁹ Vgl. Kühnert, Fred: Vom Aufbau und Ende eines Betriebes, [<http://www.spurensicherung.org/text/Band4/kuehnert.htm>], [Zugriff: 26.01.2020].

⁴⁰ Interview mit Herrn Stephan Uhlig vom 29. Januar 2020.

⁴¹ Vgl. Theil, Jürgen: Prenzlauer Stadtlexikon (Fortschreibung, maschinenschriftlich, Stand: Januar 2020).

⁴² Vgl. Neubauer, Ralf: Treuhandanstalt. Das unzählbare Ungeheuer, [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-10/treuhandanstalt-privatisierung-ostdeutsche-wirtschaft>], Artikel in der Zeit vom 6. November 2014.

⁴³ Interview mit Herrn Stephan Uhlig am 29. Januar 2020.

⁴⁴ Vgl. Theil, Jürgen: Prenzlauer Stadtlexikon (Fortschreibung, maschinenschriftlich, Stand: Januar 2020).

⁴⁵ Interview mit Herrn Stephan Uhlig am 29. Januar 2020.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Vgl. Engler 2009, S.332.

⁴⁸ Interview mit Herrn Stephan Uhlig am 29. Januar 2020.

die Mitarbeiter der AWP GmbH wurden durch den 1. Bevollmächtigten der IG Metall, Karl-Heinz Lenßen, zu mehr Engagement „angestiftet“. Die Polizeibeamten, die dann vor Ort eintrafen, hatten Verständnis für die Reaktion der Mitarbeiter und waren eher auf deren Seite. Sie versuchten deswegen nur die Angestellten zu beschwichtigen. Die Arbeitsniederlegung brachte letztlich keinen Erfolg, da das Armaturenwerk Prenzlau vollständig durch die Treuhand abgewickelt wurde. Der operative Geschäftsbetrieb wurde eingestellt.⁴⁹

Der Versuch, das Armaturenwerk durch die Gründung der AWP GmbH in seiner Gesamtheit zu erhalten, scheiterte. Daher wurde die AWP GmbH im Jahr 1991 in drei größere und mehrere kleine Unternehmen aufgeteilt.

Die kleineren Unternehmen wurden von ehemaligen Mitarbeitern der AWP GmbH, die aus den entsprechenden Fachabteilungen kamen, übernommen und geleitet. Diese Unternehmen konnten sich jedoch nicht lange am Markt behaupten.⁵⁰

Die drei größeren Unternehmen, die aus der AWP GmbH hervorgingen, waren die Perrin GmbH, die AWP Gas/Wasser GmbH und die AWP Kälte-Klima GmbH.⁵¹ Die AWP Kälte-Klima-Armaturen GmbH entstand durch ein "Management-Buy-Out" zu je 50 Prozent von Herrn Peter-Jörg Mahnke (Leitung Vertrieb, Konstruktion, Entwicklung) und Herrn Ferdinand Strotkötter (Leitung Fertigung, Buchhaltung, Einkauf) mit insgesamt 37 Mitarbeitern, die übernommen wurden. Im Jahr 2006 erwarb die GEA Group AG das Unternehmen und integrierte es in das Segment GEA Refrigeration Technologies. Seit der Neustrukturierung der GEA Group AG im Jahre 2015 ist GEA AWP Bestandteil der Business Area "Equipment".⁵²

Nach Auffassung unseres Interviewpartners war die Wende das Beste, was passieren konnte, da aus politischer und wirtschaftlicher Sicht etwas passieren musste, denn es konnte nicht mehr so weitergehen wie bisher. Herr Uhlig wies jedoch auch daraufhin, dass er sich persönlich zu den Gewinnern der Wende zählt, da er im AWP sowohl vor der Wende als auch danach einer Beschäftigung nachging und nicht, wie viele andere Mitarbeiter des Armaturenwerkes, seine Arbeit verlor.



Demonstration am Prenzlauer Armaturenwerk am 15. Mai 1991. Die Prenzlauer Polizei bemüht sich die angeheizten Emotionen zu beruhigen. Foto: Stefan Uhlig, Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Interview mit Herrn Stephan Uhlig am 29. Januar 2020.

⁵¹ Vgl. Theil, Jürgen: Prenzlauer Stadtlexikon (Fortschreibung, maschinenschriftlich, Stand: Januar 2020).

⁵² Vgl. Die Geschichte von GEA AWP, [<http://awppvales.com/de/about-us/Historia.html>], [Zugriff: 09.02.2020].



Demonstration gegen den geplanten Stellenabbau am Armaturenwerk Prenzlau am 15.5.1991. Foto: St. Uhlig, Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins.

Warnstreik im AWP Prenzlau

Gestern fand von 13.30 bis 14 Uhr ein Warnstreik im AWP statt. Am Dienstag hatten die Gewerkschafter gefordert, daß fünf Fachdirektoren des AWP abgesetzt werden. Günter Hermann, der Betriebsleiter, sollte die Situation des Betriebes offenlegen. So wurde gestern zu 9 Uhr eine Belegschaftsversammlung einberufen, auf der der Betriebsleiter einen Lagebericht gab, der die Situation entschärfen sollte. Der Forderung, die fünf Fachdirektoren abzusetzen, kam er nicht nach, da, wie er meinte, es keinen Sinn hätte und das AWP dann ohne Leitung wäre. Einer der fünf Fachdirektoren legte von sich aus sein Amt nieder. Da ihre Forderung also nicht erfüllt wurde, streikten die Gewerkschafter, wie angekündigt, eine halbe Stunde vor dem Verwaltungsgebäude. Die BGL will sich nun an die IG Metall in Neubrandenburg und auch Rostock wenden und weitere Schritte beraten. U.



Die Belegschaft des AWP Prenzlau streikte am Mittwoch eine halbe Stunde, von 13.30 bis 14 Uhr, zur Warnung, da ihrer Forderung, fünf Fachdirektoren des Werkes abzusetzen, nicht nachgekommen wurde. Foto: Uhlig

Warnstreik am 27.6. 1990, Auszug aus der Lokalzeitung FREIE ERDE vom 28.6.1990, Privatchiv Stefan Uhlig



Demonstration gegen den geplanten Stellenabbau am Armaturenwerk Prenzlau am 15.5.1991. Foto: St. Uhlig



Demonstration am Armaturenwerk Prenzlau am 15. Mai 1991. Foto: Stefan Uhlig, Archiv des UGVP.

4.3 Die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der schwierige Neuanfang der Bauern in der Uckermark

von Julius Gäde und Erik Bartel

1952 entstanden in der DDR erste Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft.⁵³ Damals wurde der planmäßige Aufbau des Sozialismus auf der II. Parteikonferenz der SED beschlossen, um auch auf dem Lande gleiche Lebensverhältnisse wie in den Städten zu schaffen. Während anfänglich noch sehr stark auf Freiwilligkeit gesetzt wurde, nahm der Druck auf die Bauern Ende der 1950er Jahre immer mehr zu. Dadurch gelang es, bis 1960 alle Bauern in die Genossenschaft zu zwingen. Die LPG hatte durchaus einige Vorteile, die insbesondere die Bauern sahen, die wenig von der Landwirtschaft verstanden. Man hatte einen bevorzugten Zugriff auf technisches Gerät, welches von den Landmaschinenhändlern gestellt wurde. Zudem profitierten sie von großzügigen staatlichen Subventionen, Krediten, Urlaubsregelungen, sie waren rentenversichert und hatten Anspruch auf Krankengeld. 1980 waren im Kreis Prenzlau 6.968 und 1984 bereits 7.301 Personen in der Landwirtschaft tätig.

Die LPG in Dedelow und Beenz (Kreis Prenzlau)

Die LPG Milchproduktion in Dedelow wurde Anfang der siebziger Jahre als Muster- bzw. Vorzeige-LPG gegründet. Sie verfügte über die modernste Technik und hatte nach ein paar Jahren den sechstgrößten Kuhbestand der DDR. 1990 bekamen die Bauern, die mit ihrem Land, Vieh und Material in die LPG gezwungen worden waren im Zuge der Privatisierung Anteile am neuen Unternehmen angeboten. Über 1000 Anspruchsberechtigte hatten die Wahl zwischen Aktien oder einer Abfindung. Der Betrieb, der aus der LPG hervorgegangen ist, nennt sich heute A.G.U. Agrargesellschaft Uckermark AG. Heute befinden sich 99 Prozent des Aktienkapitals (1,5 Millionen Euro) in den Händen von acht Mitgliedern. 67 Prozent des heutigen Umsatzes kommen aus der Milchproduktion, die restlichen 33 Prozent aus dem Ackerbau.⁵⁴ In dem Betrieb sind 100 Mitarbeiter und 10 Lehrlinge beschäftigt. Diese bewirtschaften ca. 4000 ha, davon 3220 ha Ackerland. Außerdem betreibt die A.G.U. auch noch eine Biogasanlage.⁵⁵ Die „LPG 7. Oktober“ in Beenz wurde 1955 gegründet. Sie beschäftigte sich mit der Ferkelzucht und dem Ackerbau. Zu besten Zeiten bewirtschaftete die LPG rund 850 ha einschließlich Weideland. Im Vergleich zu anderen LPGen war sie eine der größten in der Region. Die heutige Beenzer Agrar GmbH & Co. KG wirtschaftet mit rund 250 ha. Die Schweinezucht wurde erst im Februar 2020 eingestellt.

⁵³ https://www.deutschlandfunkkultur.de/bauern-in-die-lpg.984.de.html?dram:article_id=153471, Zugriff am 20.1.20.

⁵⁴ https://www.zeit.de/2002/30/Schlechte_Zeiten_fuer_Schwarzbunte, Zugriff am 20.1.2020.

⁵⁵ www.agu-dedelow.de/uns.html Zugriff am 07.02.2020.



Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, anlässlich der Einweihung der Milchviehanlage in Dedelow (Kreis Prenzlau) am 1. Juli 1972, Foto: Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau.

Die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Mit der Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entstanden neue Rechtsformen, was jedoch auch zu vielen Problemen und Konflikten führte.⁵⁶ Besonders zu erwähnen ist der Konflikt zwischen den juristischen und den natürlichen Personen, was u.a. mit den Entschädigungsforderungen, der ehemaligen Genossenschaftsbauern zusammenhing. Entschädigungsforderungen konnten in manchen Fällen nicht gezahlt werden, da auf einigen landwirtschaftlichen Betrieben Altschulden lasteten. Um diese Konflikte im Altkreis Prenzlau zu beruhigen führte der ehemalige Landrat, Dr. Benthin, 1991, alle sechs Wochen ein Treffen mit Bauern aus der Region durch, um mit ihnen Probleme zu besprechen und sie über neue Entwicklungen zu informieren. Zu diesen Treffen kamen immer etwa 60 bis 80 Bauern, wie uns Dr. Benthin in einem zweiten Interview mitteilte.⁵⁷

In der Uckermark gab es 1991 etwa 180.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Davon gehörten etwa 60.000 ha der Treuhand. Um diese Flächen dann zu verpachten wurde im Altkreis Prenzlau eine Bodenkommission gegründet, die Empfehlungen geben sollte, wie die Landwirtschaft in manchen Betrieben umgestaltet werden kann. Die Treuhand hatte dann einer neu gegründeten Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG)⁵⁸ die weitere Arbeit übertragen. Die Konflikte, die hierbei auf Grund der Unzufriedenheit bei der Verteilung der Böden entstanden waren, konnten zum Teil durch ein kirchliches Forum gelöst werden, das seine Arbeit 1992 aufnahm. Es reichte aus, dieses Forum dreimal durchzuführen, da die Bauern dann einsahen, dass sie sich gegenseitig das Leben schwer machen, dass es für sie besser ist geschlossen aufzutreten und dass sie gemeinsam Forderungen gegenüber der Treuhand bzw. der BVVB stellen sollten. Später wurde der Boden der Treuhand auch verkauft. Der Übergang von einer ehemaligen LPG in eine GmbH ging in manchen Fällen auch relativ reibungslos und schnell. Einrichtungen, wie z.B. Kindergärten, Küchen, Werkstätten usw.

⁵⁶ Am 17.8.1990 protestieren Bauern des Kreises in einer Kundgebung gegen den drohenden Ruin ihres Berufsstandes.

⁵⁷ Am 30. Januar 2020 führten wir an unserer Schule ein zweites Interview mit Dr. Benthin.

⁵⁸ <https://www.berliner-kurier.de/berlin/brandenburg/treuhand-nachfolgerin-bvvg-die-letzten-seen-und-aecker-der-ddr-werden-verscherbelt-27887176>, Zugriff am 03.02.2020.

mussten jetzt kommunal verwaltet werden oder sie wurden geschlossen, was wiederum eine weitere Zunahme der Arbeitslosenzahlen bzw. der Abwanderung in den Westen zur Folge hatte.⁵⁹ 1995 wurden im Landkreis Uckermark auf 61 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen Getreide angebaut. Die hier erzielten Ernteerträge lagen wieder weit über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.⁶⁰ Zu den Familien, die nach der Wende erfolgreiche landwirtschaftliche Betriebe aufbauten, gehörten auch einige zugezogene, wie u.a. die Familie Menke in Kutzerow oder Familie Wolters in Bandelow.

Der Aufstieg zu einem der größten Betriebe der Region

Die Bauernkäserei Wolters GmbH in Bandelow ist heute einer der größten Betriebe in der Uckermark. Doch wie kam es zu diesem Erfolg? Anfang der 1990-er Jahre war der Holländer Pieter Wolters auf der Suche nach einem Milchviehbetrieb, den er als Familienunternehmen führen könnte. Das er hierbei die Uckermark gefunden hatte war eigentlich Zufall. Doch in dieser Region fand er einen Betrieb, fruchtbare Böden und auch Menschen, die offen auf sie zukamen und deren möglicherweise vorhandene Skepsis schnell verflog, als sie merkten, dass Pieter Wolters und seine Familie es ernst meinten. Die Agrargenossenschaft, die aus einer LPG hervorgegangen war, übernahm er mit rund 30 Mitarbeitern, den Schulden und Problemen. Beispielsweise waren die Ställe noch nicht auf den neuesten Stand, wodurch Baumaßnahmen erforderlich waren. Nach und nach wurden dann die Probleme gelöst und die Arbeiter lernten ihren Chef zu schätzen und zogen mit Pieter Wolters an einem Strang. Allerdings dauerte es eine Zeit, bis er und seine Familie das Gefühl hatten, dass es vorwärts geht. Ende der 1990-er Jahre wurde es dann entspannter, wodurch er dann 2001 die Bauernkäserei gründete, die auch im selben Jahr mit der Produktion startete.

Heute beschäftigt der Betrieb 55 Mitarbeiter, darunter 22 Frauen. Der Kuhbestand umfasst heute 2000 Kühe. Pieter Wolters ist für viele Uckermärker ein Vorbild für Integration von Ausländern, da er es geschafft hat drei Afrikaner zu integrieren, worauf er sehr stolz ist. Auch die Angestellten respektieren diese drei neuen Mitarbeiter. Weiterhin hat Pieter Wolters ein kleines Bauern-Café errichtet, da sein Betrieb genau am beliebten Randwanderweg Berlin-Usedom liegt.⁶¹ Pieter Wolters wurde für seine Verdienste um die Ausgestaltung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2016 mit dem Ehrenpreis des Landkreises Uckermark ausgezeichnet.⁶²

⁵⁹ Interview mit Dr. Joachim Benthin am 30.01.2020.

⁶⁰ Theil 2005, S. 110.

⁶¹ Nicht nur Deutsche trugen und tragen zur Einheit bei, in: Rödinger Ausgabe 10 / 14. Oktober 2016, S. 10, zitiert nach: http://www.roedinger-prenzlau.de/dokumente/Prenzlau_10_2016.pdf, Zugriff am 07.02.2020.

⁶² Ebenda.

5. Zusammenfassung

von Annekathrin Stöckel

„30 Jahre Mauerfall. 30 Jahre Veränderungen. 30 Jahre Freiheit und Demokratie“- so die Schlagwörter unseres Projektes. In diesem Zusammenhang wollten wir das Stimmungsbild von damals einfangen und die Folgen der Wende darstellen. Dazu haben wir Zeitzeugeninterviews und ausführliche Recherchen zu regional bedeutenden Unternehmen durchgeführt.

In Ostdeutschland veränderte sich das Leben im Zuge der Wende grundlegend, was wir am Beispiel der Stadt Prenzlau nachweisen konnten. Besonders aus heutiger Sicht ist der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger der DDR bei den friedlichen Montagsdemonstrationen, Runden Tischen oder Protestaktionen Ausdruck gelebter Demokratie. Nicht nur in Berlin und anderen großen Städten bildeten sich Bürgerbewegungen, auch in der Uckermark formierten sich Initiativen, wie z.B. die Demonstrationen gegen die Kampfhubschrauberstationierung, der Runde Tisch in Prenzlau oder die Streiks der Mitarbeiter des Armaturenwerkes. Es bedurfte sehr viel Mut, nach jahrelanger Einschränkung der Meinungsfreiheit derartige Aktionen durchzuführen. So haben sich die Menschen wieder selbst eine Stimme verliehen.

Jedoch gab es auch schwerwiegende Probleme, die ganz Ostdeutschland belastet haben. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, die mangelhafte Arbeit der Treuhand und die damit verbundenen Massenentlassungen führten unter anderem zu enorm steigenden Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern und der Uckermark. Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft wirkte sich auf die Existenz vieler Betriebe negativ aus. So verlor eine Vielzahl von Mitarbeitern des AWP's oder Angestellten der LPG in Dedelow ihre Arbeit. Ein solches Schicksal ereilte viele Arbeiter in der DDR. Perspektivlosigkeit, Geldnot und Abwanderung resultierten aus dieser Massenarbeitslosigkeit. Ein Großteil der Unternehmen wurde aufgelöst oder in mehrere Firmen aufgeteilt, was das Wirtschaften im neuen System teilweise erschwerte.

Es gibt aber auch in der Uckermark positive Beispiele wie der Unternehmer Piet Wolters, der bis heute erfolgreich wirtschaftet und als zugezogener Holländer einen ganz individuellen Beitrag zur deutschen Einheit leistet. Er trägt durch seine neu aufgebaute Käserei zur Belebung der ländlichen Region bei. Auch die ehemalige LPG in Dedelow hat sich nach ihrer Auflösung in verschiedene nun privatwirtschaftlich tätigen Familienunternehmen zu leistungsstarken Einzelbetrieben entwickelt.

Die Beantwortung der Frage des Zusammenwachsens von Ost und West haben wir versucht im Film darzustellen. Dazu gaben uns Befragungen auf der Straße in Berlin kein einheitliches Bild. Die meisten jüngeren Menschen sehen sich nicht mehr als Wessi oder Ossi. Jedoch gibt es durchaus bei der älteren Bevölkerung einige Stimmen, die ein Unrechtsempfinden hegen und daher immer noch eine Mauer in ihren Köpfen haben. Die Gespräche mit Herrn Dr. Benthin, Herrn Bülow, Herrn Jahn und Herrn Uhlig zeigten, dass es sowohl Gewinner als auch Verlierer der Wende gab. In den Interviews mit den Zeitzeugen wurde deutlich, dass dieser Umbruch trotz Fehlentscheidungen und massiven Problemen unter dem Strich ein bedeutender Erfolg für ganz

Deutschland war. Vor allem unter dem Gesichtspunkt der Freiheit und der Demokratie war der Mauerfall und die Wiedervereinigung ein großer gesellschaftlicher Gewinn.

Um ein vollständigeres Bild des Einflusses der Wende zu erhalten, wäre es sinnvoll gewesen, sich auch mit Menschen zu unterhalten, die aus dem ehemaligen Westen stammen oder die DDR verlassen haben. Weitere Facetten und Ansichten hätten dadurch diese Arbeit wohlmöglich noch bereichern können. Jedoch hatten wir uns entschlossen, uns vorrangig mit den Auswirkungen der Wende in der Uckermark zu beschäftigen.

Das Engagement der friedlichen Protestler und die Bemühungen, Deutschland zu einigen, sollten uns allen ein Vorbild sein. Besonders in Zeiten, in denen die Errungenschaften der Wende immer mehr von antidemokratischen Vereinigungen zu Nichte gemacht werden, ist es wichtig, sich daran ein Beispiel zu nehmen. Vielleicht ist es heute an der Zeit, wieder mit Montagsdemonstrationen gegen rechtsradikale Gruppierungen zu beginnen! Was sich heute in der Gesellschaft abspielt erinnert zum Teil sehr an das was wir über die Weimarer Republik erfahren haben.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Biadacz, Manuel: Prenzlau gegen Hubschrauber (Schülerarbeit), Prenzlau 1999.

Breiholz, Christine / Dieckhof, Antje: 20 Jahre Friedliche Revolution, Schülerarbeiten zur Regionalgeschichte; Prenzlau Heft 5 / 2010.

Butschalowski, Benno / Simaon, Kurt: Ereignisse im Kreis Prenzlau Oktober 1989 bis März 1990, in: Heimatkalender Kreis Prenzlau, Heft 34, 1991, S. 18-32.

Diller, Stephan / Wunnicke, Christoph (Hrsg.): Prenzlau und die Friedliche Revolution (1989/90) – eine Stadt im Umbruch. Begleitschrift zur Ausstellung im Kulturhistorischen Museum, Prenzlau 2012.

Engler, Harald: Das „sozialistische“ Prenzlau in der SBZ und der DDR (1945 bis 1990), in: Geschichte der Stadt Prenzlau, Horb am Neckar 2009, S. 274-339.

Geschichte der Stadt Prenzlau, Horb am Neckar 2009 S. 274-339.

Grundlagen einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie für die neuen Bundesländer, hg. Von der Gesellschaft für Struktur- und Stadtforschung mbH, Bonn 1993.

Kühnert, Fred: 40 Jahre AWP – Vom Aufbau und Ende eines Betriebes, in: Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau e.V. Heft 14, Prenzlau 2007.

Kraft, Konstantin: Tausende gegen Kampfhubschrauber, in Uckermark-Kurier vom 3.12.2019.

Matznick, Walter / Theil, Jürgen: Wendezeiten. Prenzlau 1989-1993, Erfurt 2009.

Malycha, Andreas: Geschichte der DDR. Informationen zur politischen Bildung, Heft 3, Bonn 2011.

Nitsche, Sybille: Die Belagerung, in: Das wunderbare Jahr der Anarchie, Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, 2009.

Theil, Jürgen: Prenzlauer Stadtlexikon und Geschichte in Daten, Arbeiten des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau e.V. Bd. 7, Prenzlau 2005.

Ders.: Prenzlau vom Kriegsende bis zur Wende, Erfurt 2017.

Ders.: Ein Prenzlauer stirbt an der Berliner Mauer, in Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau e.V. Heft 17, 2011, S. 121-128.

Ders.: Rückblicke – die friedliche Revolution in der DDR und die Ereignisse in Prenzlau, in Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau e.V. Heft 17, 2011, S. 128-140.

Ders.: 30 Jahre Fall der Mauer (unveröffentlichtes Manuskript der am 9.1.2020 in der Prenzlauer Nikolaikirche gehaltenen Festrede).

Interviews:

Dr. Benthin, Joachim: Interview am 13.01.2020 und am 30.01.2020.

Bülow, Peter: Interview am 13.01.2020.

Jahn, Harald: Interview am 18.12.2019.

Uhlig, Stefan: Interview am 29.1.2020.

Filme und Tondokumente

„Ab und Auf“ (Dreharbeiten: Axel Kempert, Sprecher: Hubert Moser) – ein Dokumentarfilm vom Amateurfilmstudio Prenzlau, der 1989 entstand und 1990 mit dem Preis des DDR-Kulturministers ausgezeichnet wurde. Er dokumentiert den friedlichen Protest gegen die damals geplante Stationierung von Kampfhubschraubern in Prenzlau. Dieser prämierte Film wurde 1990 beim Unica Weltfestival aufgeführt, Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau.

Rohmaterial zum Film „Prenzlauer Initiative“ von Paul Schwarz (Autor) aus dem Jahre 2009. Diese Dokumentation enthält Zeitzeugenberichte von Peter Bülow und Harald Jahn, Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau.

Tonbandaufzeichnungen von der Verhandlung mit dem sowjetischen Botschafter (Berlin unter den Linden) 1990, Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau.

Internetquellen:

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/LPG-Vom-Kleinbauern-zum-Agrargenossen,lpg101.htm> Text 1. Zugriff am 12.01.2020.

https://de.wikipedia.org/wiki/Landwirtschaftliche_Produktionsgenossenschaft, Zugriff am 10.12.2020.

https://www.zeit.de/2002/30/Schlechte_Zeiten_fuer_Schwarzbunte, Zugriff am 07.01.2020.

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/bauern-in-die-lpg.984.de>, Zugriff am 20.01.2020

<https://www.mdr.de/zeitreise/landwirtschaft>, Zugriff am 20.01.2020

<https://www.mdr.de/zeitreise/landwirtschaft>, Zugriff am 20.01.2020

Die Wirtschaft in der DDR, <https://www.zeitklicks.de/ddr/zeitklicks/zeit/das-system/wirtschaft/die-wirtschaft-der-ddr/>), Zugriff am 07.01.2020.

Fritsch, Michael; Sorgner, Alina; Wyrwich, Michael: Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, <https://m-fritsch.de/wp-content/uploads/2017/06/Die-Entwicklung-der-Wirtschaft-in-Ostdeutschland-nach-der-Wiedervereinigung.pdf>, Zugriff am 07.01.2020.

Martens, Bernd: Die Wirtschaft in der DDR, 30.03.2010, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47076/ddr-wirtschaft>, Zugriff am 07.01.2020.

<https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/mauerbau/flucht-und-notaufnahme.html>, Zugriff am 26.1.2020.

https://de.wikipedia.org/wiki/Todesopfer_an_der_Berliner_Mauer, Zugriff am 26.1.2020.

Der Prenzlauer Jugenddiakon ist 1989 30 Jahre alt (...)
<https://story.ndr.de/mauerfall5/index.html>, Zugriff am 27.1.2020.

https://www.landesbeauftragter.de/fileadmin/user_upload/downloads/publikationen/LStU-MV_Herbstritt_Lageberichte_VP_1989.pdf, Zugriff am 27.1.2020.

<https://www.berliner-kurier.de/berlin/brandenburg/treuhand-nachfolgerin-bvvg-die-letzten-seen-und-aecker-der-ddr-werden-verscherbelt-27887176>, Zugriff am 3.2.2020.

www.agu-dedelow.de/uns.html, Zugriff am 07.02.2020.

Nicht nur Deutsche trugen und tragen zur Einheit bei, in: Rödinger Ausgabe 10 / 14. Oktober 2016, S. 10, zitiert nach: http://www.roedinger-prenzlau.de/dokumente/Prenzlau_10_2016.pdf, Zugriff am 07.02.2020.

Anhang

Interview mit Herrn Jahn zur Hubschrauberstationierung in Prenzlau⁶³

Harald Jahn wurde am 30.6.1943 in Prenzlau geboren. Als Flüchtlingskind wurde er 1949 in Langenbrütz eingeschult, bevor die Familie im November 1951 wieder nach Prenzlau kam, wo er nun bis 1959 die Pestalozzi-Oberschule besuchte. Nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse begann er dann in Prenzlau eine Schlosserlehre im KIB, die er im Februar 1961 abschloss. Es folgte 1963 sein Wehrdienst in der NVA. Nach seiner Entlassung absolvierte er ein Ingenieurstudium in Neubrandenburg, wo er auch seine Ehefrau Bärbel (geb. Klinger) kennenlernte, die er 1967 heiratete. Von 1978 bis 1990 wirkte er dann als Lehrmeister für Polytechnik im KIB. Harald Jahn gehörte 1989/90 zusammen mit Marlis Czerwinski, Hans-Joachim Wellmann und Peter Bülow zu den Sprechern der Bürgerbewegung gegen die Stationierung von Kampfhubschraubern in Prenzlau. Als SPD-Mitglied zog er im Mai 1990 in die Stadtverordnetenversammlung ein. Bis 2003 wirkte er dann als Stadtverordneter in verschiedenen Fachausschüssen. Am 5.2.1990 wurde er im rund 170 Mitarbeiter zählenden KIB erster Betriebsratsvorsitzender in Prenzlau. Im Mai 1990 wurde der KIB Vertragswerkstatt für Opel, wo Harald Jahn nun als Verkaufsleiter begann. Am 7.9.1992 machte er sich dann als Autohändler der Marke Nissan selbstständig. Gemeinsam mit seinem Sohn Peter gründete er sein Familienunternehmen und errichtete ein Autohaus im Gewerbegebiet. Es war nach dem VW-Autohaus Burmeister das zweite Autohaus in Prenzlau. Sein Sohn Peter stieg schon zur Unternehmensgründung als Geschäftsführer mit ein. 2006 zählte das Unternehmen, das seit 2007 auch Vertragspartner von Citroen ist, sieben Mitarbeiter.

Herr Jahn, wie haben Sie das Leben in der DDR empfunden?

Bei einfachen Meinungsäußerungen war die Gefahr groß, dass die Regierung dich selbst oder ein Familienmitglied von dir verhaften ließ, wenn die SED-Herrschaft angegriffen wurde. Viele junge Leute kamen durch unscheinbare, leichte Handlungen für ein paar Jahre in ein Stasi-Gefängnis. Auch bei kleineren Gruppenverabredungen waren sogenannte Informelle Mitarbeiter der Stasi - meist zu zwei Männer mit etwas Abstand zur Gruppe – oft anwesend. Zum Beispiel bei der großen Demonstration vor dem Kino in Prenzlau standen mehrere solcher Pärchen in Hörweite der Menschenmassen. Diese Männer sammelten Informationen, wer wann was sagte. Bei solchen Versammlungen und wenn die Wende nicht gekommen wäre, dann wären mit großer Wahrscheinlichkeit vieler der Teilnehmer im Gefängnis gelandet. (...)

Wann wurden sie das erste Mal auf die geplante Hubschrauberstationierung in Prenzlau aufmerksam und wie beurteilten sie die Bedrohung, die von dieser Maßnahme ausging?

Vertreter der Sowjetunion machten im Mai 1989 große Ansagen, dass die Panzer aus Prenzlau abgezogen werden und das sozusagen endgültig Frieden ist, aber gleichzeitig wurden die

⁶³ Dieses Interview führten wir am 18.12.2020 in unserer Schule. Die spätere Verschriftlichung übernahm Gene Groth.

ersten Hubschrauber nach Prenzlau gebracht. Am Anfang wurden die Hubschrauber nachts auf großen LKW's durch Röpersdorf nach Prenzlau gebracht.

Und wie hat man in Prenzlau darauf reagiert?

Vor der Aula der heutigen Carl-Friedrich-Grabow-Schule in Prenzlau versammelten sich erstmals um die 300 Menschen und standen nur rum. Nach kurzer Zeit kam ein russischer Offizier raus und sagte, dass ihnen diese Menschenansammlung nicht gefalle und beim nächsten Mal als der russische Offizier rauskam bat er die Menschen in die Aula. Vorne auf der Bühne saßen Leute der sowjetischen Seite, ein Stasi-Mitarbeiter und auch Mitglieder der SED-Kreisleitung, die Leute waren verwirrt und fragten, was das solle und es wurde lauter im Saal. Die deutschen Personen auf der Bühne versuchten die Leute zu beruhigen und nach einer Stunde Tumult sagten sie, dass die Hubschrauber nicht in Prenzlau stationiert bleiben und auch keine neuen kommen werden. Vier Personen, zu denen auch ich gehörte, wurden dazu aufgefordert dies auch zu kontrollieren. Nachdem die große Menge weg war gingen die vier mit den Russen und Deutschen mit in einen anderen Versammlungsraum. Nachdem sich nichts an den Hubschraubertransporten änderte gingen die vier Beauftragten (Herr Wellmann, Herr Bülow, Frau Schawinski und Herr Jahn) zur Kaserne und forderten auch die nächsten Wochen mehrmals den Kommandanten zu sprechen. Dieser meinte aber, er hätte nicht genug Macht, um Entscheidungen zu treffen.

Welche Rolle spielten die von Ihnen genannten vier Personen im weiteren Verlauf der Protestaktionen?

Am 28. Dezember 1989 waren wir dann beim russischen Botschafter in Berlin, aber ohne eine Möglichkeit zu erhalten mit ihm reden zu können. Aus der Not heraus bereiteten wir eine Demo vor, denn wir wollten selbst etwas tun. Wir luden den russischen Standortkommandanten ein, doch dieser wollte nur, dass sie nicht vor der Kaserne stehen würden. Wir versprachen die Familien der Offiziere, die bei den Kasernen wohnten, nicht zu belästigen. Damals gab der russische Standortkommandant zu, dass er etwas Angst vor seinen eigenen Vorgesetzten hatte, da es nicht normal war, dass ein russischer Militärmann bei Deutschen im Kirchenkeller saß. Am 3. Dezember 1989 folgte eine weitere Demonstration in Prenzlau. (...)

Gab es damals auch an anderen Orten der Uckermark Demonstrationen oder Protestaktionen?

Ja, in Wegun wurde das Raketendepot von 200-300 Leuten aus vielen verschiedenen Dörfern gestürmt. Durch „Gewaltandrohung“ verschaffte sich die Menge Zutritt zum Gelände und sah mit Erstaunen die riesigen Löcher für die Raketen. Die Teilnehmer der Gruppe aus Wegun waren auch in Prenzlau dabei, also es war eine Riesenmenge und die Stasi hatte damals 3000 Leute dokumentiert.

Gab es auch Bürger, die für die Stationierung der Kampfhubschrauber waren?

So gut wie niemand war dafür, aber natürlich hat damals kaum jemand öffentlich erzählt, dass er die Russen nicht mehr als Besatzungsmacht haben wollte. Es gab eine akute Mehrheit, die aktiv gegen die Hubschrauber gewirkt haben. Dazu kommen noch eine Gruppe Menschen in Prenzlau, die der Meinung waren, dass es sie nicht betreffe und es ihnen also egal war.

Wurde neben dem privaten auch das berufliche Leben von der Stasi bespitzelt?

Ja, da gab es zum Beispiel einen Amtsrichter, der ursprünglich aus Hamburg kam, und der hat einmal zwei junge Leute zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Zwei Wochen später kamen dann ein paar Stasimitarbeiter, die ihn aufforderten, diese Menschen freizulassen. Der Richter meinte, dass er das nicht so einfach machen könne und vor allem nicht ohne Verhandlung. Ein paar Tage später war er kein Amtsrichter mehr, da er nicht dem Willen der Stasi gefolgt ist. Und so ging es nicht nur diesem Mann, sondern vielen verschiedenen Familien, welche durch Fehler oder Unvorsichtigkeiten arbeitslos wurden bzw. ihren Beruf verloren hatten.

Gab es im Strafverfahren grobe Unterschiede von damals zu heute?

Heute bekommt man nach der Verhaftung einen Anwalt. Sobald man sich selber keinen leisten kann, wird der vom Gericht gestellt und schon Wochen vor der Gerichtsverhandlung kann sich dieser mit dem Fall beschäftigen. Damals bekam ein Rechtsanwalt kurz vor der Verhandlung die Akte in die Hand gedrückt und musste sehen was er noch für die Gerichtsverhandlung tun kann, denn es war oftmals festgelegt, dass der Angeklagte bestraft wird und daran konnte keiner mehr was dran ändern.

Wie haben Sie sich bei den Protestaktionen damals organisiert?

Eigentlich wurden auf Zuruf ein paar Verantwortliche bestimmt und die sorgten dann dafür, dass möglichst viele Leute kommen und dass die, die Interesse hatten, auch Bescheid bekamen. Es wollten viele Personen an den Demonstrationen teilnehmen, da viele unzufrieden waren mit der aktuellen Situation. (...)

Gab es oft Erfolge zu verzeichnen?

Einmal, 1990, sind wir zu zweit in die Post reingegangen und haben Zutritt verlangt in einen besonderen Raum. Dieser wurde uns erst nicht gewährt, aber nach einer gewissen Zeit konnte man uns nicht mehr davon abhalten. Dort bemerkten wir dann, dass alle 84 Telefonleitungen aus Prenzlau hierhin weitergeleitet wurden und auf unsere Aufforderung, wurden diese Leitungen gekappt und die Telefone gehörten ab dann nicht mehr der Stasi, sondern Krankenschwestern und anderen Bürgern bzw. Haushalten. Durch einen anonymen Tipp erfuhren wir, dass nahe einem Feldweg nicht weit von Schmölln eine Stasi-Station sein sollte. Wir sind mit circa 200 Leuten dort hingefahren und haben dort einen ehemaligen Fliegerstützpunkt vorgefunden. Wir sagten zu den Wachmannschaften, dass wir da rein wollen.

Was war in dem Stützpunkt?

Naja, später im Jahr 1992 stand ein Bericht im SPIEGEL, dass dort in diesem Lager von der Stasi westdeutsche Terroristen ausgebildet wurden. Trotz Maschinenpistolen und Verweigerung sind wir dort reingegangen und haben uns da alles angeguckt. An den Wänden waren Landkarten ohne Grenzen mit roten Punkten. In den Hallen waren amerikanische, englische und französische Jeeps und in den Schränken lagen die Uniformen derselben Länder. Diese wurden dafür genutzt im Westen Militärobjekte auszuspionieren. In den Hallen wurden Sprengübungen gemacht und auch Tests. Zum Beispiel wurde damals ein westdeutscher Bänker in einem Opel Kapitän erschossen und in diesen Hallen stand zum Beispiel ein komplett zerschossener Opel Kapitän. Auch mit Flugzeugen wurde trainiert, entweder Terroranschläge oder Flugzeugentführungsversuche geübt. (...) Ehemalige Terroristen, die damals im Auftrag der Stasi Leute im Westen getötet hatten, konnten später einfach so ihr Leben weiterführen.

Haben sie Nachteile bzw. Diskriminierung durch die Demonstrationen erfahren und wurden sie beobachtet?

Ja, ich wurde beobachtet, aber viele Mitarbeiter der Stasi haben sich nicht mehr getraut so viel zu machen. Trotzdem wurde alles akribisch notiert und dokumentiert. Zum Beispiel die Zahl der Menschen, die in den Westen wollten mit Autos und wie viele der Autos wieder zurückkamen. Wir hatten schon Angst, dass uns irgendwann etwas passieren könnte, aber da hat der Mut zur Veränderung eigentlich überwogen.

Kann es sein, dass die Kreisverwaltung/Polizei versucht hat, die Demonstrationen zu infiltrieren, da Sie ja Fahrzeuge von der Kreisverwaltung bekamen?

Das weiß ich nicht, ich denke, die wussten nicht wer diese Streitigkeiten gewinnen würde und haben uns sicherheitshalber unterstützt. Klar, wir wurden mit Bussen unterstützt, um nach Berlin zu kommen auf Kosten der Kreisverwaltung, aber wir haben uns dabei auch nichts gedacht. (...) Sogar die Zeitung hat die Demonstrationen schon so leicht unterstützt.

Haben Sie in der Wendezeit persönlich Verantwortung übernommen?

In einer Betriebsversammlung wurde sogar von den Mitarbeitern gefordert, dass ich den Chef vom Unternehmen mache, aber ich meinte, dass will ich nicht, weil einerseits es viele Probleme zu lösen gab und viele Entlassungen bevorstanden und das wollte ich nicht machen. Also haben sie mich schließlich zum Betriebsrat-Vorsitzenden gewählt. Am nächsten Tag war ich zu einer Versammlung in Pasewalk von den Betriebsrat-Vorsitzenden aus vielen Städten der ehemaligen DDR. Als mir eine Sache dort nicht gefallen hat, sagte ich etwas und wurde unterbrochen. Daraufhin sagte ich: „Momentmal sie sind nicht gewählt, ich bin gewählt. Ich bin von ihnen allen der einzige der gewählt wurde und deswegen hat meine Stimme Gewicht, ihre nicht.“, dann forderte ich, dass Prenzlau eine eigne GmbH bekommt.

War die Stasi nach der Wende noch aktiv?

Ja, es gab zum Beispiel in Warnitz ein Hotel und wenn ein Minister in diesem Hotel übernachtet hat, dann waren ganz in der Nähe in einer Gartensiedlung in einem Bungalow ein paar Stasi-Leute, die mit Funk und allem, alles überwacht und kontrolliert haben, ob alles seine Richtigkeit hat.

Welche Bedeutung hatte für sie der Protest gegen die Hubschrauberstationierung hier in Prenzlau?

Eine große, denn es war ein gutes Gefühl, wenn man selbst nach Berlin für sein Ziel gefahren ist und dann da mit mehreren hundert Leuten für den gemeinsamen Willen gekämpft hat und wir gaben auch beim Botschafter in Berlin nicht auf, nachdem er uns einmal nicht empfangen hat, haben wir ihm Bescheid gegeben, dass wir am 10. Februar nochmal da sein würden. Daraufhin wurden wir mit Polizeieskorte zur Botschaft gebracht und dort sofort vom Botschafter empfangen. Gegenüber von Frau Schawinski, Herrn Wellmann und mir saßen dann die Obermilitärs aus Wünsdorf und der Botschafter, wir durften mit einem Diktiergerät das Gespräch aufnehmen. Es wurde versucht uns zu beeinflussen, aber wir waren hartnäckig und haben unsere Position klar dargestellt. Wir haben sie so in die Enge getrieben, dass einer der Obermilitärleute so wütend war und rausstürmte und der Botschafter hinterher, schrie ihn an und zwang ihn wieder mitzukommen. Der Botschafter versprach, dass der Rückbau der Stationen nach dem 8. Mai stattfinden wird, aber wir bestanden darauf, dass er sofort begann und nicht erst in drei Monaten. Am 1. März haben wir uns schriftlich abgeholt, dass sofort der Rückbau beginnt. In den offiziellen Verträgen der 2+4 Verhandlungen stand, dass der letzte russische Soldat Mitte 1994 aus der BRD raus sein soll, in Prenzlau war jedoch schon im August 1991 der letzte sowjetische Soldat weg. Prenzlau war somit die erste Stadt der BRD, wo die sowjetischen Streitkräfte komplett abgezogen waren. (...)

Chronik der Wende in Prenzlau 1989 bis 1993⁶⁴

1989

(7.5.) Bei den Kommunalwahlen stimmen nach amtlichen Angaben 98,85 % der Wähler (Wahlbeteiligung: 98,77 %) für die Einheitsliste der Nationalen Front. Später konnte die Wahlfälschung, die mit zum Anlass der friedlichen Revolution in der DDR wurde, eindeutig nachgewiesen werden.

(18.5.) Im Zuge der Verringerung der sowjetischen Truppen in der DDR verlässt ein Truppentransportzug Prenzlau. Aus diesem Anlass findet auf dem Bahnhof eine Kundgebung statt. Dazu wurden Journalisten aus 13 Ländern eingeladen. Später sollten dafür Kampfhubschrauber in Prenzlau stationiert werden, was durch eine breite Protestbewegung der Prenzlauer Bürger verhindert werden konnte.

(August) Beginn der Botschaftsbesetzungen in Prag, Budapest und Warschau.

(4.9.) Erste Montagsdemonstration in Leipzig.

(11.9.) Ungarn öffnet die Grenze nach Österreich.

(7.10.) Auch in Prenzlau wird der 40. Jahrestag der DDR mit den „verordneten Vorbeimärschen“ feierlich begangen. In der Nacht vom 7. zum 8.10. kam es vor dem Kreiskulturhaus in der Franz-Wienholz-Straße (LBK-Saal) zu einer „Zusammenrottung“ von etwa 30 Jugendlichen, bei der Staatsfahnen der DDR herunter gerissen und gerufen wurde „Es lebe das Neue Forum, Stasi raus“.

(17.10.) Sturz Honeckers. Einen Tag später wird Egon Krenz einstimmig als Generalsekretär des ZK zum Nachfolger Honeckers gewählt.

(24.10.) Bürger aus der Gemeinde Potzlow gehen auf die Straße und fordern in Sprechchören eine demokratische Mitarbeit in den Volksvertretungen.

(25.10.) Im Saal des Kreiskulturhauses (Franz-Wienholz-Straße) wird auf einer Versammlung öffentlich verkündet: „Schluss mit der Führungsrolle der SED, wir fordern die Auflösung der Kampfgruppen und der Staatssicherheit“.

(30.10.) Auf einer Dialogveranstaltung im Speisesaal des Armaturenwerkes fordern die Werktätigen u.a. den drastischen Abbau des Planungs- und Verwaltungsaufwandes.

⁶⁴ Zitiert nach: Matznick / Theil, 2009, S. 8 bis 10.

(4.11.) Auf einer Dialogveranstaltung des Rates des Kreises fordern die Prenzlauer Bürger ein neues Wahlgesetz und den Rücktritt der Regierung.

(8.11.) Das damals noch nicht zugelassene Neue Forum führt eine Diskussionsveranstaltung im Saal des Kreiskulturhauses durch.

(8.11.) *Das Politbüro der SED tritt unter dem Druck pausenloser Massenproteste geschlossen zurück.*

(9.11.) *Öffnung der Mauer.*

(12.11.) Mehrere Dutzend Bürger schließen sich einer Demo des Neuen Forums vor dem Prenzlauer Filmtheater an.

(13.11.) Der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED, Wolfgang Hermann, erklärt vor den Genossen des Kreisparteiaktivs, dass die SED ihre führende Rolle durch eigenes Verschulden eingebüßt habe.

(13.11.) *Hans Modrow wird Ministerpräsident der DDR.*

(20.11.) Etwa 300 couragierte Prenzlauer finden sich in der Aula der heutigen Gesamtschule Carl-Friedrich-Grabow ein, um die geplante Stationierung von 180 Kampfhubschraubern abzuwenden. Zu den Wortführern gehörten: Marlis Czerwinski, Hans-Joachim Wellmann, Peter Bülow und Harald Jahn (vgl. 18.5.1989, 3.12.1989).

(3.12.) 3500 Prenzlauer demonstrieren vor den Kasernentoren der Sowjetarmee am Röpersdorfer Weg gegen die Stationierung von Kampfhubschraubern in Prenzlau (vgl. 18.5.1989).

(5.12.) „Volkskontrolle“ des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs in der Prenzlauer Untersuchungshaftanstalt.

(6.12.) Die Archive im Gebäude des ehemaligen MfS werden von der Kreisstaatsanwältin versiegelt.

(6.12.) *Erstmals tritt unter Moderation der Kirche in Berlin der Runde Tisch zusammen.*

(6.12.) Gründungsversammlung der SDP (seit 13.1.1990 SPD) in Prenzlau.

(8.12.) Die Kreisstaatsanwältin Roswitha Münchow versiegelt gemeinsam mit Vertretern des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs und weiterer Bürger das Archiv und den

Papierreißwolf der Prenzlauer Kreisdienststelle der Staatssicherheit. Am nächsten Tag wurden die noch vorhandenen Akten nach Neubrandenburg gebracht.

(12.12.) Offizielle Gründungsversammlung des Neuen Forums in Prenzlau.

(16.12.) Kundgebung am Langen Markt. Erster Runder Tisch in Prenzlau unter Leitung von Pfarrer Jürgen Quart.

1990

(12.1.) Der Prenzlauer „Kulturbundklub der Intelligenz“ initiiert das erste Mehrparteien-Rundtisch-Gespräch, das von Dr. Eberhard Krienke moderiert wurde. Die damals im „Intimen Theater“ durchgeführte Gesprächsrunde wurde von dem Schriftsteller Marcel Brun mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet. Später verarbeitete Brun Teile davon für sein Buch „Die Revolution verstößt ihre Väter – Aussagen und Gespräche zum Untergang der DDR“.

(10.2.) Etwa 200 Prenzlauer demonstrieren vor der Botschaft der UdSSR in Berlin gegen die Stationierung sowjetischer Hubschrauber. Im März 1990 kam dann die Nachricht nach Prenzlau, dass in Prenzlau nicht stationiert wird. Unmittelbar darauf begann die Demontage des Hubschrauberlandeplatzes.

(13.2.) Soldatenstreik in der Roten Kaserne (Karl-Marx-Straße).

(14.2.) Die Entlassung von 1505 ehemaligen Mitarbeitern der Bezirksverwaltung des MfS Neubrandenburg wird gemeldet.

(15.2.) Auf der Lokalseite der Freien Erde werden die Parteifinzen der SED des Kreises Prenzlau offengelegt.

(10.3.) Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender des SPD, spricht während einer Kundgebung auf dem Langen Markt.

(18.3.) Bei der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR geht überraschend die „Allianz für Deutschland“, ein Wählerbündnis aus CDU, DSU und der Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch“, als Sieger hervor. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,38 Prozent.

(2.4.) Erste Ausgabe des „Nordkurier“ erscheint als unabhängige Tageszeitung für Mecklenburg, Vorpommern und die Uckermark.

(2.4.) Vor dem Filmtheater demonstrieren etwa 500 Prenzlauer für die Überprüfung der Volkskammerabgeordneten auf ihre Stasi-Mitarbeit.

(5.4.) Woolworth zieht in die „Kontakt-Kaufhalle“ in der Steinstraße ein.

(7.4.) Vor der Einführung der Währungsreform (vgl. 1.7.) demonstrieren Gewerkschaftsmitglieder in Prenzlau gegen den geplanten Umtauschkurs von 2:1.

(19.4.) Der in Prenzlau tagende Runde Tisch schlägt vor, das Kino in kommunale Hände zu geben. Die Kip (Kulturinitiative Prenzlau) organisierte unmittelbar danach eine Unterschriftensammlung zum Erhalt des Filmtheaters, die am 6.6.1990 dem Leiter der Bezirksfilmdirektion vorgelegt wurde. Die Bemühungen blieben erfolglos, das Kino wurde privatisiert.

(20.4.) Auf dem ersten Kreisparteitag der SPD in Prenzlau wählten die Delegierten einen neuen Vorstand, dessen Vorsitzender Jürgen Hoppe wurde. Sebastian Finger kandidierte nicht mehr für dieses Amt.

(26.4.) Auf der letzten Zusammenkunft des „Runden Tisches“ in Prenzlau informierte der Leiter der Arbeitsamtnebenstelle, Klaus Luttert, dass die Zahl der Arbeitslosen im Kreis Prenzlau auf 208 gestiegen sei.

(Mai) Das Filmstudio „Uckermark“ erhielt beim 21. Amateurfilmwettbewerb der DDR in Cottbus den Hauptpreis.

(Mai) Der Prenzlauer Detlef Wegner errang den 11. DDR-Meistertitel in der Leichtathletik.

(6.5.) Erste freie Kommunalwahlen nach 1945 in Prenzlau, Jürgen Hoppe wurde Bürgermeister. Die SVV setzte sich aus 37 Mitgliedern zusammen (16 SPD, 8 CDU, 7 PDS, 2 FDP, 4 Gemeinsame Fraktion). Die Wahlbeteiligung lag im Kreis Prenzlau bei 73,29 %.

(10.5.) Am Vormittag fand in der Straße der Republik vor dem Filmtheater der Freundschaft ein Warnstreik statt. Lehrer, Schüler und Eltern forderten den Verbleib von Kindergärten im Bildungswesen und die Anerkennung von Ausbildungen.

(12.6.) Im VEB Elektronik Gera, dem größten Frauenbetrieb der Stadt Prenzlau, werden zum 1.7.1990 insgesamt 156 Mitarbeiter entlassen.

(23.6.) Feierliche Einweihung der Gedenktafel für die Opfer des Stalinismus in der Friedhofstraße.

(27.6.) Etwa 1.000 Armaturenwerker fordern auf ihrem Warnstreik die Absetzung von fünf Fachdirektoren.

(1.7.) Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion tritt in Kraft.

(3.7.) Bildung einer Arbeitsgruppe zur Rück- bzw. Umbenennung der Straßennamen in Prenzlau.

(4.7.) Drei Viertel der Belegschaft des Armaturenwerkes und die Belegschaft des Elektronikbetriebes Prenzlau führen einen Warnstreik durch.

(6.7.) Die Arbeiter der Armaturen Prenzlau GmbH führen vor den Toren des Werkes einen Warnstreik durch.

(11.7.) Staroselski, der am 9.5.1969 Ehrenbürger der Stadt Prenzlau wurde, wird die Ehrenbürgerschaft vom Prenzlauer Stadtparlament wieder aberkannt.

(11.7.) Die gesamte etwa 100 Mitarbeiter zählende Belegschaft des Stadtwirtschaftbetriebes fordert in einen Warnstreik die Bildung einer GmbH anstatt der geplanten Überführung in die Kommune.

(20.7.) Letzte Vereidigung von NVA-Soldaten in Prenzlau. „Nach Intonation der Nationalhymne der DDR und Verlesung des Tagesbefehls des Ministers für Abrüstung und Verteidigung leisteten Schwursoldaten, stellvertretend für alle Teilnehmer, den Eid auf die Fahne der DDR.“

(22.7.) Volkskammer der DDR beschließt die Einführung der Länder.

(17.8.) Bauern des Kreises protestieren in einer Kundgebung gegen den drohenden Ruin ihres Berufsstandes.

(23.8.) Volkskammer beschließt den Beitritt zur BRD zum 3.10.1990.

(31.8.) Entlassung aller Amtsleiter der Stadt Prenzlau. Nur der Bauamtsleiter Klaus Köhler wurde von der SVV für sein Amt neu bestätigt. Außerdem wurde eine Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption eingerichtet.

(14.9.) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den VEB Gebäudewirtschaft in die Wohnbau GmbH umzuwandeln.

(19.9.) Die am 2.5.1990 von den Stadtverordneten beschlossene Städtepartnerschaft zwischen Prenzlau und Emden wird ratifiziert.

(3.10.) Vereinigung Deutschlands.

(14.10.) Brandenburgische Landtagswahlen.

(25.10.) Erstes Gelöbnis von Bundeswehrsoldaten in der Uckermark.

(1.12.) Landrat Wellmann wird durch den Kreistag abgewählt. Neuer Landrat wird am 22.2.1991 Dr. Joachim Benthin.

(1.12.) Als unabhängige Heimatzeitung erscheint erstmals der „Uckermark-Kurier“.

(1.12.) Auflösung der in Prenzlau stationierten NVA-Einheiten.

(2.12.) *Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl.*

(12.12.) Nach einer Bauzeit von nur fünf Wochen öffnete der NETTO-Markt in der Neubrandenburger Straße.

1991

(21.1.) Gründung der Edelhoff Entsorgung Gesellschaft mbH Prenzlau.

(21.1.) Mehrere hundert Prenzlauer demonstrieren in einem Schweigemarsch gegen den Golfkrieg.

(23.1.) Manfred Stolpe und Richard von Weizsäcker tragen sich in das Goldene Buch der Stadt Prenzlau ein.

(29.1.) Kunstraub in der Prenzlauer Nikolaikirche (16 handgeschnitzte Altarfiguren vom Marienaltar).

(4.3.) Gründung der Wohnbau GmbH Prenzlau.

(24.5.) Liedermacher Wolf Biermann singt in Prenzlau (Benefizveranstaltung für die Franziskanerkirche).

(2.6.) Die ersten „Uckermärkischen Musikfestspiele“ werden in der Nikolaikirche eröffnet.

(6.6.) Gestohlene Altarfiguren der Marienkirche werden zurückgegeben (vgl. 29.1.1991).

(3.7.) Adolf Hitler und Wilhelm Kube (Gauleiter der Kurmark) werden die Ehrenbürgerrechte der Stadt Prenzlau wieder aberkannt.

(19.7.) Ministerin Regine Hildebrandt besucht die AWP GmbH in Prenzlau.

(25.7.) Vor dem Prenzlauer Kreispolizeiamt verschwindet der Gedenkstein, der an den an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gefallenen Unteroffizier Reinhold Huhn erinnerte.

(21.8.) Freizug der „sowjetischen“ Kasernen in Prenzlau.

(22.8.) Neugründung des „Städtischen Gymnasiums“.

(26.8.) Gründung der „Arbeitsfördergesellschaft Prenzlau GmbH“.

(4.9.) 40 Asylbewerber aus der Türkei, Vietnam und Rumänien kommen in Prenzlau an.

(13.9.) Übergabe des Asylantenheimes am Grünen Weg.

(10.12.) Erster Spatenstich für das Einkaufszentrum am Georg-Dreke-Ring.

(16.12.) Die Prenzlauer Konsumfleischerei, die damals 125 Mitarbeiter zählte, wird aufgelöst. Ihr letzter langjähriger Chef war Siegfried Sooth.

Tätigkeitsbericht

von Julius Gäde und Erik Bartel



Interview mit Dr. Benthin (Bildmitte) am 13. Januar 2020, Foto: H. Hlasková

Nachdem wir im Oktober 2019 von unserem Geschichtslehrer auf das Projekt „Umbruchzeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ aufmerksam gemacht worden sind, beschlossen wir, uns als Kursgruppe an diesem Wettbewerb zu beteiligen. Im Leistungskurs Geschichte hatte wir gerade das Thema Revolutionen behandelt und uns zuletzt mit der Industriellen Revolution in England und Deutschland beschäftigt. So wie die Industrielle Revolution tiefgreifende Veränderungen herbeiführte, gab es diese auch in der Zeit der Wende, wo wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Brüche und Umbrüche sichtbar wurden, die wir in unserem Beitrag untersuchen wollten. Dazu planten wir u.a. verschiedene Interviews zu führen, mit möglichst vielen Personen ins Gespräch kommen und unsere Ergebnisse in einer schriftlichen Arbeit festzuhalten. Parallel dazu sollte aber auch ein kleiner Film entstehen.

Zum Beitrag des schriftlichen Projektes, haben wir u.a. Eltern und Großeltern zum Thema Mauerfall und deutsche Einheit befragt. Besonders wichtig waren uns die Expertengespräche u.a. mit Mitgliedern des Uckermärkischen Geschichtsvereins und Kommunalpolitikern. Um die Interviews richtig durchzuführen, hat unser Geschichtslehrer, am 13. und 14.01.2020, dann Frau Hlasková, eine Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) und Frau Beckmann, eine Medienpädagogin, die uns das Verarbeiten von Filmen gezeigt hat, eingeladen. Sie gaben uns wichtige Hinweise, wie man z.B. ein Interview führt oder einen Film bearbeitet. Dazu beschäftigten wir uns beispielsweise mit der Technik des Schneidens von Filmen. Wir lernten, wie man einen Vorspann erarbeitet, Bilder oder Tondokumente in einen Film einbauen kann und welche rechtlichen Fragen bei Filmproduktionen und anderen Veröffentlichungen zu beachten sind. Ein erstes Ergebnis, das an diesen beiden Tagen entstand, war unsere Titelseite. Wir haben viel diskutiert und teilweise auch gestritten, was wichtig und unwichtig ist. Und schließlich haben wir dann am

13. Januar auch zwei weitere Zeitzeugengespräche führen können, die wir erneut aufgezeichnet haben. Zuvor hatten wir uns gemeinsam auf acht wichtige Fragen geeinigt. Es war nicht ganz einfach, die Genehmigung für die Filmaufnahmen von den Zeitzeugen zu erhalten. Später haben wir die Interviews dann in Gruppen ausgewertet und verschriftlicht. Weiterhin haben wir am 29. und 30.01.2020 weitere Interviews geführt, die sich jedoch nicht mit der Hubschrauberstationierung, sondern mit der LPG und mit dem Armaturenwerk in Prenzlau beschäftigten.



Exkursion
nach Berlin
am 18.1.2020
Foto:
Jürgen Theil

Außerdem haben wir uns mit historischen Zeitungen und Dokumenten, wie z.B. Protokollen vom Runden Tisch in Prenzlau, mit Plakaten und Losungen aus der Wendezeit, mit Fotos und Filmen sowie mit Tonbandmitschnitten von den Gesprächen in der sowjetischen Botschaft und mit dem Internet zu diesem Thema auseinandergesetzt. Für unseren Film sind wir am Sonnabend, dem 18. Januar auch nach Berlin gereist, um dort Dreharbeiten am Brandenburger Tor, an der East Side Gallery sowie an der ehemaligen sowjetischen Botschaft durchzuführen. Wir nutzten unseren Aufenthalt in Berlin auch für einen Besuch im „Berlin Wall Memorial“, wo wir weitere Informationen über die Berliner Mauer und die Mauer-Opfer sammeln konnten. Leider konnten an dieser Exkursion nicht alle Schüler unserer Kursgruppe teilnehmen, sodass wir uns für unseren Film Unterstützung von einem Passanten holen mussten. Er trägt im Film den Buchstaben „L“ und charakterisiert ein Mauerdetail mit dem Begriff „Stacheldraht“. Allerdings wurde aus dem ersten Teil des Filmes nichts, da dieser nicht unseren Ansprüchen entsprach. Auf die größten Probleme stießen wir jedoch am Brandenburger Tor, wo wir ursprünglich auch unseren „Mauerfall“ drehen wollten. Durch eine Großdemonstration von Landwirten waren weite Teile der Straße „Unter den Linden“ und des „Pariser Platzes“ abgesperrt. Wir kamen kaum an das Brandenburger Tor heran. Der Pariser Platz war voll mit Menschen, die ganz andere Sorgen hatten, als sich

unseren Fragen zu stellen. Kaum jemand wollte sich von uns filmen oder fotografieren lassen, sodass unsere Ausbeute hier sehr mager ausfiel. Aber wir hatten es immerhin geschafft, zwei kurze Interviews am Brandenburger Tor zu führen. Später haben wir auch diese Filme ausgewertet und bearbeitet, was den meisten von uns große Probleme bereitete. Selbst unser Geschichtslehrer, Herr Theil, kam mit der Technik nicht klar. Am besten kam Gene damit zurecht, der von uns dann auch die Gesamtleitung für das Filmprojekt erhielt. Fast den gesamten Monat Januar und auch einen Teil unserer Winterferien verbrachten wir dann mit der weitem Recherche im Internet und der Bearbeitung unserer Texte. Als wir dann fast alles fertig hatten stellten wir fest, dass es eine Seitenbegrenzung für den Wettbewerb gibt. Das veranlasste uns dann dazu, nun doch zwei Arbeiten einzureichen. Das war für uns nicht einfach und löste eine längere Diskussion aus.



Exkursion nach Berlin am 18.1.2020, Foto: Jürgen Theil